



**Baden-Württemberg**  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG  
ABTEILUNG UMWELT

**Wasserrechtliches Verfahren für den Umbau und den Weiterbetrieb des Wasserkraftwerks Fridingen an der Donau durch die EnBW Energie Baden-Württemberg AG**

**Erörterungstermin**

**Protokoll**

Az.: 51-8964.09/015

**Datum:** 07.05.2019

**Ort:** Donautal-Halle (Festhalle Fridingen), Spitalstraße 10, 78567 Fridingen

**Beginn:** 10:45 Uhr

**Teilnehmer:** s. Teilnehmerliste (Anlage 1) *[Anm: in den Akten des RP Freiburg; wird nicht veröffentlicht]*

**Tagesordnung:**

- TOP 1: Begrüßung
- TOP 2: Vorstellung des Vorhabens
- TOP 3: Allgemeine Verfahrensfragen
- TOP 4: Erörterung der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen
  - a) Belange der Fischerei und Gewässerökologie
  - b) Belange des Naturschutzes
  - c) Belange der Wasserwirtschaft und des Bodenschutzes
  - d) Weitere öffentliche Belange
- TOP 5: Recht und Belange Dritter
- TOP 6: Ausführung der baulichen Maßnahmen

**Anlagen:**

- 1) Teilnehmerliste *[Anm: in den Akten des RP Freiburg; wird nicht veröffentlicht]*
- 2) Präsentation der EnBW zur Vorstellung des Vorhabens

## **Inhalt**

TOP 1: Begrüßung.....	3
TOP 2: Vorstellung des Vorhabens .....	3
TOP3: Allgemeine Verfahrensfragen .....	4
TOP4: Erörterung der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen .....	5
a) Belange der Fischerei und Gewässerökologie .....	5
b) Belange des Naturschutzes .....	24
c) Belange der Wasserwirtschaft und des Bodenschutzes.....	26
d) Weitere öffentliche Belange .....	29
TOP 5: Rechte und Belange Dritter .....	33
TOP 6: Ausführung der baulichen Maßnahmen.....	37

## TOP 1: Begrüßung

Der **Verhandlungsleiter (VL)**, **Herr Steenhoff, RPF, Zulassungsbehörde**, begrüßt die Anwesenden und stellt die Öffentlichkeit des Erörterungstermins (EÖT) her; Einwände gegen die Öffentlichkeit des EÖT werden von den Teilnehmenden nicht erhoben.

**Herr Bürgermeister Waizenegger, Stadt Fridingen**, begrüßt die Teilnehmer des EÖT. Die Einbindung der Öffentlichkeit in das Verfahren sei gewünscht und werde u. a. mit diesem Termin realisiert. Er trägt vor, dass die EnBW ein wichtiger Partner der Stadt sei und dass der Gemeinderat das Vorhaben grundsätzlich unterstütze. Die Stadt unterstütze auch das Anliegen des Heimatkreises Fridingen e. V., der die Historie des Kraftwerkhauses in seiner Struktur bewahren möchte.

Der **VL** gibt Hinweise bezüglich des Ton-Mitschnitts und der beabsichtigten Fotoaufnahmen während des Termins. Er bittet diejenigen, die mit der Veröffentlichung von Fotoaufnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Regierungspräsidiums nicht einverstanden sind, dies Frau Lammel mitzuteilen.

Der **VL** führt in den EÖT ein, er stellt zunächst die Zulassungsbehörde und ihre Vertreter sowie die Funktion des EÖT vor: Der EÖT diene dazu, die noch strittigen Aspekte, die in Einwendungen und Stellungnahmen vorgebracht wurden zu erörtern. Im EÖT werde noch keine Entscheidung über den Antrag getroffen. Insofern sei es zwar wünschenswert, jedoch nicht zwingend, in den einzelnen Punkten zu einem Konsens zu kommen. Die Erkenntnisse aus dem EÖT stellen dann die Basis für die Entscheidung über den Antrag dar. Die Erörterung werde auf die Einwendungen und Stellungnahmen beschränkt, bei denen noch Klärungsbedarf besteht. Die Erörterung werde, nach Themen zusammengefasst, entsprechend der vorgelegten Tagesordnung erfolgen.

## TOP 2: Vorstellung des Vorhabens

*Nach Vorstellung der Personen, die für die Antragstellerin auftreten, durch **Herrn Rauscher, EnBW**, Gesamtprojektleiter des Projekts Fridingen, führt Herr Rauscher mit der Präsentation Anlage 2 in das Vorhaben ein und stellt die beantragten Maßnahmen vor.*

**Herr Dr. Mentzel, BUND AK Tuttlingen**, hält fest, dass es oberhalb des Kraftwerks einen Überfall der Bära von zwei Metern gebe und bittet um Auskunft, warum dieser nicht genutzt werde.

**Herr Rauscher** erklärt, dass die Turbinen des denkmalgeschützten Bärakraftwerks bereits vor längerer Zeit stillgelegt wurden und aus sicherheitstechnischen Gründen im Krafthaus

nicht mehr betrieben werden könnten. Daher sei auch die Nutzung des Höhenunterschieds nicht möglich.

**Herr Heni, Heimatkreis Fridingen e. V.**, fragt daraufhin, ob nicht auch ein Austausch der Maschinen am Bärakraftwerk möglich sei.

**Herr Rauscher** erläutert, dass die Turbinen unter Denkmalschutz stehen und bautechnisch nicht ersetzt werden könnten.

**Herr Heni** widerspricht dem, da ein solcher Austausch aus seiner Sicht räumlich möglich sei.

**Frau Nitschke, EnBW**, ergänzt, dass der Austausch auch wegen der zu großen Unterläufigkeit des Wassers nicht möglich sei. Es seien zu aufwendige und zu viele Abdichtungsmaßnahmen erforderlich, um die Standsicherheit für beide Kraftwerke sicherzustellen. Wegen der hohen Kosten sei dies ausgeschlossen.

### **TOP3: Allgemeine Verfahrensfragen**

Der **VL** erläutert den Umfang der beantragten wasserrechtlichen Bewilligung auf Abriss des bestehenden Wehres und Neubau 40 Meter flussaufwärts, Bau einer Fischauf- und -abstiegseinrichtung, die Ableitung von Wasser in die Turbinen und weiter in den Stollen sowie flussabwärts die Einleitung in die Donau und die Errichtung einer Buhne an der Einleitstelle.

Der VL weist darauf hin, dass gegebenenfalls statt einer wasserrechtlichen Bewilligung auch die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis zu prüfen sei; dies erfolge im weiteren Verfahren. Eine gehobene Erlaubnis werde bei Wasserkraftanlagen häufig erteilt und biete auch einen Investitions- und Genehmigungsschutz.

Der VL stellt fest, dass mit dem Vorhaben gewässerrechtliche Benutzungstatbestände erfüllt werden (Wehrbau, Nutzung des Wassers durch Ableiten, Aufstauen und Einleiten) und auch ein Gewässerausbau statfinde, sodass diesbezüglich eine wasserrechtliche Planfeststellung für die Errichtung des Fischaufstiegs und -abstiegs und der Buhne notwendig sei.

Beide Genehmigungstatbestände (wasserrechtliche Bewilligung, bzw. gehobene Erlaubnis und Planfeststellung) werden in einem Verfahren zusammengeführt; es werde eine gesamtheitliche Entscheidung ergehen.

In die Hauptentscheidung werde eine Reihe von weiteren Entscheidungen integriert: Das Vorhaben betreffe ein Landschaftsschutzgebiet sowie einen Naturpark. Diesbezüglich sei eine entsprechende Erlaubnis erforderlich. Verbotstatbestände nach dem Artenschutzrecht seien vorliegend voraussichtlich nicht auszusprechen. Weiter werde eine Baugenehmigung, insbesondere im Hinblick auf die Sanierung des Krafthauses, zu erteilen sein; ebenso wie eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung, die mit der Hauptentscheidung ausgesprochen werde.

#### **TOP4: Erörterung der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen**

##### **a) Belange der Fischerei und Gewässerökologie**

Der **VL** weist darauf hin, dass der Wasserbehörde vorliegend ein wasserrechtliches Bewirtschaftungsermessen zustehe. Daher sei vorliegend eine Ermessensentscheidung und keine gebundene Entscheidung zu treffen. Folglich bestehe grundsätzlich kein direkter Anspruch auf die Erteilung einer solchen Genehmigung. Das Bewirtschaftungsermessen zielen bei der Nutzung des Gewässers auf eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung und sei daher auch stark gewässerökologisch ausgerichtet. Hier könnte das Ziel der EnBW, maximaler Energieertrag, im Gegensatz zu den gewässerökologischen Belangen stehen. Ein automatischer Vorrang der Interessen bestehe jedoch nicht, eventuelle Interessenkonflikte müssen daher miteinander in ein gutes Gleichgewicht gebracht werden.

##### **1. Mindestwasser**

Der **VL** erläutert, dass die Anforderungen an die Bemessung des Mindestwassers im vorliegenden Verfahren intensiv zu diskutieren sein werden. Mindestwasser bedeute, wie viel Wasser die EnBW an der Wehranlage in die Ausleitungsstrecke der Donau abzugeben habe, d. h. wieviel Wasser im Hauptgewässer zu verbleiben habe.

Der Antrag der EnBW sehe vor, mindestens 1,7 m<sup>3</sup>/s bzw. 1,9 m<sup>3</sup>/s über das Wehr als Mindestwassermenge abzugeben. Dem gegenüber stehe die Forderung von Fischereibehörde, Fischereiverband und Naturschutzverband, die in ihren jeweiligen Stellungnahmen 2,3 m<sup>3</sup>/s fordern.

Der VL bittet Herrn Dr. Wurm für die EnBW zunächst darzulegen, auf welcher Grundlage die beantragte Mindestwassermenge als ausreichend angesehen werde.

**Herr Dr. Wurm, für EnBW**, legt dar, dass er das Mindestwassergutachten im Auftrag der EnBW und unter Begleitung der Fischereibehörden der Regierungspräsidien Freiburg und Tübingen erstellt habe.

Nach dem Wasserkrafterlass bzw. Mindestwasserleitfaden Baden-Württemberg gebe es verschiedene Methoden, um die Mindestwassermenge zu ermitteln. Hier sei der Dotationsversuch gewählt worden. Auf der über 11 km langen Ausleitungsstrecke habe man an 5 repräsentativen pessimalen Streckenabschnitte Beobachtungsflächen eingerichtet, an denen die Veränderungen von Fließgeschwindigkeit, Wassertiefe im Talweg u. s. w. bei verschiedenen Dotationswassermengen beobachtet würden.

Nach Mindestwasserleitfaden werde der Versuch in der Regel mit  $\frac{1}{3}$  MNQ begonnen (das MNQ liege hier – vereinfacht ausgedrückt – bei 800 l/s), dieser Wert werde örtlich angepasst, so dass sich ein Wert von etwa  $\frac{1}{2}$  MNQ ergebe. Der Mindestwasserleitfaden ermögliche aber auch, unter bestimmten Voraussetzungen deutlich über  $\frac{1}{2}$  MNQ (das entspreche 400 l/s, die bisher für die Strecke festgelegt seien) hinauszugehen. Hier sei bereits von Anfang an klar gewesen, dass der Wert  $\frac{1}{2}$  MNQ weit überschritten werden müsse. Deshalb sei ein Dotationsversuch mit 400 l/s gar nicht durchgeführt worden. Durchgeführt habe man Dotationsversuche mit 1.034 l/s, 1.417 l/s und 2.300 l/s. Ein Dotationsversuch mit 6,5 m<sup>3</sup>/s sei nicht möglich gewesen, weil die Donau zum Versuchszeitpunkt zu wenig Wasser geführt habe. Die größte Wassermenge beim Dotationsversuch sei deshalb 4.350 l/s gewesen.

Nach den Vorgaben des Mindestwasserleitfadens müsse in jedem Fall die Durchgängigkeit des Gewässers bestehen und die Auffindbarkeit (Leitströmung) vorhanden sein. Andere Funktionen, wie zum Beispiel Laich- und Habitatsfunktionen, können eingeschränkt werden; hierzu gebe es keine konkreten Vorgaben.

Eine entscheidende Verbesserung der Situation habe sich zwischen dem zweiten (1.400 l/s) und dritten (2.300 l/s) Dotationsversuch ergeben. Während anfangs bei zunehmendem Abfluss auch die Gewässertiefe linear gestiegen sei, habe dieser Effekt später abgenommen. Dieser Punkt werde mit dem Versuch gesucht. Die zwischen den beiden Versuchen liegenden Punkte seien interpoliert worden, sodass sich für das zweite Halbjahr ein Wert von 1.700 l/s und für das erste Halbjahr ein Wert von 1.900 l/s ergeben habe. Vorgegeben sei für die Leitfischarten wie Nase und Barbe eine Mindestwassertiefe von 30 cm, die auf kurzen Bereichen bis zu 2 m Länge auch bis auf 10 cm unterschritten werden könne. Bei den empfohlenen Mindestwassermengen lägen über 50 % der Strecke bei über 30 cm, 24 % bei 25 cm bis 30 cm und 13 % bei 20 cm bis 25 cm. Zwar liege damit eine formale Abweichung vom Mindestwasserleitfaden vor, dies sei aber aus seiner Erfahrung dennoch ausreichend, um die Durchgängigkeit zu gewährleisten. Zu beachten sei, dass bei der vorgesehenen Ausbauwassermenge die Mindestwassermenge an 115 Tagen im Jahr zusätzlich erhöht werde, weil das Kraftwerk an 25 Tagen im Jahr stillstehe und die Donau an 90 Tagen im Jahr so viel Wasser führe, dass die Mindestwassermenge auch

nach Abzug der Ausbauwassermenge erhöht sei. Insgesamt sei vorliegend die besondere Situation der Donau zu berücksichtigen. Die Donau habe ein sehr breites Gewässerbett, mit Abflüssen von über 100 m<sup>3</sup>/s bei Hochwasser, aber andererseits bei Niedrigwasser lediglich 1 m<sup>3</sup>/s aufgrund der Donauversickerung.

Der **VL** dankt Herr Dr. Wurm und fasst die Ausführungen zusammen. Er hält fest, dass der Antragsteller vorträgt, die Untersuchung habe sich zunächst am Mindestwasserleitfaden orientiert. Bei der Festlegung der Mindestwassermenge für den Antrag sei dann aber aufgrund der konkreten örtlichen Gegebenheiten hiervon abgewichen worden.

Weiter stellt er fest, dass es Kritik gegen diese Abweichung von Seiten der Fischerei und der Verbände gegeben habe, die eine Mindestwassermenge von 2,364 m<sup>3</sup>/s fordern.

Der VL erteilt Herrn Bartl, RPF Fischereibehörde, das Wort.

**Herr Bartl, RPF Fischereibehörde**, erklärt, dass die Regierungspräsidien Freiburg und Tübingen als Fischereibehörden eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben haben, da sich der betroffene Teil der Donau über beide Regierungsbezirke erstrecke.

Die Ausleitungsstrecke mit 11 km Länge und der Stauraum oberhalb des Wehres von 2 km Länge entspreche die beeinflusste Strecke mit insgesamt 13 km Länge einem großen Teil, nämlich 21 %, des Wasserkörpers 601. Dieser Umfang präge wesentlich, wie der Zustand des Wasserkörpers insgesamt zu beurteilen sei. Die Ausleitungsstrecke habe strukturell großes Potential und sei sehr gut strukturiert. Dieses Potential werde zum großen Teil begrenzt durch die zur Verfügung stehende Wassermenge. Die Untersuchung zur Mindestwassermenge mittels Dotierversuch stelle die beste Vorgehensweise dar. Jedoch sei an der Interpretation der Ergebnisse der Untersuchung einiges auszusetzen. Bei der Festlegung der Mindestwassermenge sei neben der Durchgängigkeit an sich auch der Lebensraum zu betrachten. Herr Bartl weist darauf hin, dass die hier betroffene Strecke auch im Bewirtschaftungsplan der WRRL als Programmstrecke „Durchgängigkeit, Gewässerstruktur und Mindestwasserabfluss“ geführt werde. Die Maßnahmen in dieser Programmstrecke werden als mindestens erforderlich angesehen, um den guten Zustand des Wasserkörpers herstellen zu können. Es sei daher aus Sicht der Fischereibehörden erforderlich, für eine so lange und bedeutende Programmstrecke „Durchgängigkeit“ eine Mindestabflussmenge festzulegen, die im Gewässer auch die Durchgängigkeit ermögliche.

Das Artenspektrum im Gewässer, für die die Indikatorarten stellvertretend stehen, umfasse ca. 26 Arten. Die Mindestanforderungen nach Mindestwasserleitfaden umfasse für die Indikatorarten (Äsche, Nase, Barbe) in Flachstrecken mindestens eine Wassertiefe von

30 cm. Auf kurzen Strecken von maximal 2 m Länge können sie mit geringeren Wassertiefen bis zur ihrer eigenen Körperhöhe auskommen. Herr Dr. Wurm habe diese Mindestanforderungen dann nicht aufgegriffen, sondern sei in seiner Interpretation daruntergegangen und kam dann zu entsprechend geringeren Mindestwasserabflüssen. Nach Ansicht der Fischereibehörden sei dies jedoch nicht zulässig. Die definierte Vorgabe von 30 cm Wassertiefe sei nicht in der Regel, sondern in den Flachwasserstrecken (mit Ausnahme der 2 m-Strecken) vorgeschrieben. Dies werde, nach der Untersuchung, erst bei einer Dotierung von  $2,3 \text{ m}^3/\text{s}$  gerade noch erreicht. In einer Programmstrecke „Durchgängigkeit“ sei eine Wassermenge erforderlich, die eine Durchgängigkeit auch tatsächlich ermögliche. Dies sei nach dem vorliegenden Stand des Wissens nicht bei den zu Gunsten des wirtschaftlichen Interesses des Antragstellers nach unten interpretierten, geringeren Werten von  $1,7 \text{ m}^3/\text{s}$ , bzw.  $1,9 \text{ m}^3/\text{s}$  gegeben, sondern erst ab  $2,3 \text{ m}^3/\text{s}$ . Daher seien die Fischereibehörden der Meinung, dass man für die Durchgängigkeit die Menge brauche, die die fachlichen Grundlagen auch vorgeben.

Ein weiterer Aspekt sei das Gewässer als Lebensraum: Auch hier gebe es Daten darüber, was die Indikatorarten, stellvertretend für die Zielarten, benötigen, um halbwegs intakte Bestände ausbilden zu können. Hier gehe es um die Möglichkeit der Fortpflanzung. Es gebe Vorgaben zu Laichplätzen, was an Strömung und an Wassertiefe vorhanden sein müsse, damit ein Laichplatz funktioniere. Und es gebe auch Angaben, was für Wassertiefen und weitere Parameter erfüllt sein müssen, damit adulte Tiere ihr Auskommen finden. Die hier vorgenommenen Untersuchungen seien aus Sicht der Fischereibehörden nicht ganz korrekt: Um Flächenangaben hinsichtlich Verfügbarkeit funktionsfähiger Laichplätze machen zu können, hätte es, wie von den Fischereibehörden vorgeschlagen, flächenhafter Aufnahmen bedurft. Vorliegend seien jedoch nur einzelne Quertranssekte gemessen und an einzelnen Laichplätzen Längsschnitte genommen und dort Strömung und Tiefe erfasst worden. Auf dieser Grundlage habe man eine Schätzung vorgenommen, wie viele der strukturell geeigneten Laichplätze bei unterschiedlichen Abflüssen dann funktionsfähig seien. Diese quantitative Schätzung aufgrund einzelner Transsekte sei aus Sicht der Fischereibehörden so nicht ganz korrekt. Die erhobenen Daten geben dennoch Anhaltspunkte darauf, welche Wasserführung erforderlich sei, damit Laichplätze wenigstens halbwegs funktionierten. Hierzu treffe das Gutachten auch eine Empfehlung: auf Grundlage des Referenzabflusses (ca.  $4 \text{ m}^3/\text{s}$ ) sei die Anzahl funktionsfähiger Laichplätze geschätzt worden. Das Ergebnis sei entsprechend der untersuchten geringeren Abflussmengen extrapoliert worden. Diese Extrapolation zeige aus Sicht der Fischereibehörden, dass sowohl für adulte Tiere wie auch für die Funktionsfähigkeit von Laichplätzen ein Abfluss von  $2,3 \text{ m}^3/\text{s}$  statt des im Gutachten genannten Abflusses von  $1,9 \text{ m}^3/\text{s}$  erforderlich sei.



Im Gutachten werde ausgeführt, dass im Zeitraum von August bis Januar eine noch geringere Mindestwassermenge von 1,7 m<sup>3</sup>/s ausreiche, weil die genannten Indikatorarten in dieser Zeit nicht laichen. Hier werde jedoch verkannt, dass die Indikatorarten nicht auch die Zielarten seien. So laiche z.B. die Forelle im Herbst. Daher müsste die Mindestwassermenge für die Laichzeiträume deutlich länger zur Verfügung gestellt werden. Zur Lebensraumfunktion sei noch anzumerken, dass im Gutachten immer die minimalen Wassertiefen und minimalen Strömungsgeschwindigkeiten angesetzt werden. Dies sei zwar im Sinne der Interessen des Antragstellers. Für sichere, intakte Verhältnisse im Gewässer brauche man jedoch eine Mindestwassermenge von 2,3 m<sup>3</sup>/s.

**Herr Dr. Mentzel** fragt, welche Rolle die Kläranlagen Buchheim und Fridingen spielen, welche die Hauptzuflüsse darstellen; insbesondere, ob es gerade bei Niedrigwasser Auswirkungen gebe, wenn z.B. viel geduscht werde. Weiter bittet er um Auskunft, wie die Wasserabflüsse gemessen werden; ob es sich dabei um kontinuierliche Messungen handle oder sporadische oder ob geschätzt werde.

**Herr Dr. Wurm** führt aus, dass von der Kläranlage Fridingen 24 bis 40 l/s kommen, dies sei marginal. Zudem sei die Wasserqualität gut. Bei der Kläranlage Buchheim könne man aufgrund der zunächst stattfindenden Versickerung davon ausgehen, dass das Wasser hierbei gereinigt werde und daher auch hier die Qualität des Wassers, das in die Donau gelange, gut sei. Zudem habe Buchheim weniger Einwohnergleichwerte als Fridingen.

**Herr Dr. Mentzel** schlägt vor, die Werte zur Kläranlage Buchheim zu messen.

Zur Messung der Wasserabflüsse führt **Herr Dr. Wurm** aus, dass zum einen bereits zwei Pegelanlagen, eine oberhalb, eine unterhalb der Versinkung bestehen. Diese messen bereits kontinuierlich und seien bereits beim Dotationsversuch herangezogen worden, um die Dotationsabflüsse zu verfolgen. Daher wisse man, dass in der Strecke ca. 200 bis 300 l/s versickern. Zudem könnte eine weitere Messung an der Abgabestelle eingerichtet werden. Die Pegelanlagen seien funktionsfähig, müsste jedoch ökologisch umgebaut werden.

**Herr Bartl** ergänzt zum Thema Auswirkungen der Kläranlagen, dass das Wasser von dort einen hohen Nährstoffgehalt aufweise. Dies wirke sich wiederum auf das Gewässer aus. Bei entsprechenden Dotationsversuchen mit 1 m<sup>3</sup>/s und 2,1 m<sup>3</sup>/s habe man festgestellt, dass die Verweildauer des Wassers bei der geringeren Wassermengen 2,5-mal so lange war, wie bei der höheren. Das Wasser habe sich dabei bei 1 m<sup>3</sup>/s auch deutlich stärker erwärmt und einen deutlich höheren pH-Wert aufgewiesen. Zudem sei am Tag eine starke

Sauerstoffübersättigung festzustellen gewesen. Der Sauerstoffgehalt habe 250 % betragen, wohingegen er bei 2,1 m<sup>3</sup>/s bei normalen 100 % gelegen habe. Auch daher solle der Mindestabfluss aus Sicht der Fischereibehörden bei über 2 m<sup>3</sup>/s liegen.

Der **VL** stellt fest, dass kein Vertreter des Landesfischereiverbandes anwesend sei. Er teilt mit, dass sich der Landesfischereiverband der Stellungnahme der Fischereibehörden angeschlossen habe. Der Forderung der Fischereibehörden habe sich auch der Landesbetrieb Gewässer, der für die Donau als Gewässer 1. Ordnung unterhaltungspflichtig sei, angeschlossen.

**Herr Herrmann, LRA Sigmaringen**, teilt mit, dass die Kläranlage Buchheim demnächst aufgegeben werde und die Einleitung von dort damit ohnehin weg falle.

**Herr Dr. Laufer, Landesnaturschutzverband AK Tuttlingen**, stellt den LNV AK Tuttlingen als Vertreter von BUND, NABU, Schwäbischer Albverein, Schwarzwaldverein, Naturfreunde, Kreisjägersvereinigung und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald auf Kreisebene vor. Zur Mindestwassermenge führt er aus, dass er erwarte, dass der Vorschlag des Antragstellers mit 1,9 m<sup>3</sup>/s jedenfalls nicht unterschritten werde. Er sehe darin bereits eine Verbesserung zur derzeitigen Situation und bestehe daher nicht auf 2,3 m<sup>3</sup>/s. Er habe vielmehr andere Anforderungen, insbesondere an die Begleitumstände, wie Stauhaltungen, um die ökologische Situation in der Ausleitungsstrecke zu verbessern.

Der **VL** hält fest, dass dieser Aspekt später behandelt werde.

Er weist darauf hin, dass es zunächst nur um die fachlichen Anforderungen an die Mindestwassermenge gehe und nicht um wirtschaftliche Gesichtspunkte. Wirtschaftliche Gesichtspunkte seien erst in einem zweiten Schritt, nach Entscheidung für eine bestimmte Mindestwassermenge aus fachlicher Sicht, abzuwägen. Er gehe im Übrigen davon aus, dass sich der Gutachter nicht von wirtschaftlichen Interessen habe leiten lassen.

**Herr Dr. Wurm** stellt klar, dass er sich nicht von wirtschaftlichen Interessen habe leiten lassen. Seine Aufgabe verstehe er dahingehend festzulegen, welche Anforderungen mindestens bestehen. ‚Mindestens‘ bedeute für ihn, dass er bei diesen Anforderungen als Fachmann davon ausgehen könne, dass die Durchgängigkeit, wenn auch nicht in allen Bereichen optimal, gewährleistet sei.

Zu dem von Herrn Bartl vorgebrachten Dotationsversuchen mit 1 m<sup>3</sup>/s und 2,1 m<sup>3</sup>/s trägt er vor, dass es bei 1 m<sup>3</sup>/s zwar zu der Erwärmung und den Eutrophierungsproblemen gekommen sei. Zwischenzeitlich werde jedoch das Wasser der Kläranlage Tuttlingen weiter gefiltert, sodass sich der Zustand hier bereits verbessert habe. Weiterhin Probleme bereite

noch der Bronner Stau, in dem es noch lange Aufenthaltszeiten gebe. Im Stau bestehe auch keine Gewässergüte 2, so wie sie oberhalb heute bestehe.

Er erklärt, aus welchen Gründen er von den Vorgaben des Mindestwasserleitfahrens abgewichen sei: Grundlage seien Erkenntnisse zum Fischbestand aus Untersuchungen von 2012, als die Mindestwassermenge noch bei 400 l/s gelegen habe. Dort sei, trotz der extrem niedrigen Dotation, in 3 von 4 Streckenabschnitten ein relativ guter Fischbestand, einschließlich Jungfischen von Äsche und Barbe und Verlaichung, festgestellt worden. Zudem sei in den Aufnahmen der WRRL der Abschnitt der Donau bei Fridingen, im Bereich Schänzle, als einer der wenigen in den Jahren 2006 bis 2014 als gut klassifiziert worden. Daher könne man hier von Strukturen bzw. Mechanismen ausgehen, die auch bei sehr schlechten Bedingungen einigermaßen funktionieren. Die vorgenommene Abweichung sei daher, auch mit Blick auf die Besonderheit des großen Flussbettes, vertretbar.

Der **VL** bittet um ergänzende Ausführungen, wie die unterschiedliche Auffassung von Fischereibehörde und Antragstellerin, die beide die Besonderheiten der örtlichen Situation berücksichtigen, jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen bei der Mindestwassermenge kommen, zu erklären sei.

**Herr Dr. Wurm** trägt vor, es seien die beiden wichtigen Bereiche Habitat und Laichplätze angesprochen worden. Das Habitat verbessere sich mit jedem Liter mehr Wasser. Das gelte bis zu einem gewissen Grad auch für die Laichplätze. Der Wasserkrafterlass und Mindestwasserleitfanden machen hierzu jedoch keine Vorgaben. Daher habe er auch die Staffelung bei der Dotation vorgenommen. Das Ergebnis zeige, dass es mit 1,9 m³/s jedoch funktionieren müsse. Es sei auch zu berücksichtigen, dass die Situation bereits bei 400 l/s nicht so schlecht sei, da es an 200 Tagen im Jahr Wehrüberfall gebe. Gerade durch die Schneeschmelze im Frühsommer habe man zur Laichzeit mehr Wasser in der Strecke als die Mindestwassermenge. Das werde auch später der Fall sein. Streitpunkt sei letztlich, wieviel Wasser für das Habitat vorhanden sein müsse; hier komme man aber dann auch schnell zu Größenordnungen, die weit über 2,3 m³/s liegen.

**Herr Bartl** merkt dazu an, dass der Fischbestand weit von einem halbwegs intakten Bestand entfernt sei. Man habe nur in einer Strecke einen vergleichsweise vielfältigen Fischbestand gefunden, weil es sich dabei um einen Sonderfall handle; dort werde das Wasser stark gebündelt und weise herausragende Strukturen auf. Das Gutachten führe zum Teil aus, es gebe im Vergleich zu anderen Strecken der Donau einen erfreulich hohen Bestand bestimmter Arten. Aber weil an einer Stelle 50 kleine Nasen gefangen werden konnten, bedeute das nicht, dass es auch nur im Entferntesten an einen guten Zustand des Gewäs-

sers herankomme. Auch wenn eine Reproduktion in einigen Strecken halbwegs funktioniere könne nicht argumentiert werden, dass es doch gut sei, wenn es noch ein bisschen besser werde. Zwar enthalte das Gutachten eine solche Aussage nicht konkret, aber es müsse eben ein möglichst intakter Zustand hergestellt werden. Dies sei Vorgabe für eine Programmstrecke und sollte auch gewährleistet werden. Alleine die nachweisbare Fortpflanzung von Nasen und Barben an verschiedenen Stellen bedeute nicht, dass auf die Anforderungen zur Durchgängigkeit verzichtet werden könne. Zur Durchgängigkeit merkt er zudem an, dass diese nicht bereits dann schon gegeben sei, wenn Fische aufgrund gelegentlich höheren Abflüssen zeitweise ein Stück weiter wandern können. Die Anforderungen an die Durchgängigkeit seien nicht nur im Mindestabflussleitfaden, sondern auch im DWA Merkblatt M 509 definiert. Dieses enthalte auch Vorgaben dazu, wie tief ein Wanderungskorridor an Engstellen sein müsse, damit bestimmte Arten durchkommen. Dies seien für die Nasen mindestens 31 cm. Das bedeute, damit eine Durchgängigkeit möglich sei, müssen bestimmte Mindestwerte eingehalten werden. Alleine, dass einzelne Fische gefangen worden und ggf. auch Jungfische feststellbar seien, gebe keine Berechtigung, von den Mindestanforderungen abzuweichen.

**Herr Dr. Mentzel** merkt an, dass Herr Dr. Wurm ausgeführt habe, dass die Mindestwassermenge derzeit an vielen Tagen überschritten werde. Er hält dem entgegen, dass es sich derzeit um ein teilweise defektes Kraftwerk handle. Er fragt, ob künftig nicht mehr Wasser für das Kraftwerk gebraucht werde, wenn dort wieder drei Maschinen laufen und dadurch die Anzahl der Tage, an denen die Mindestwassermenge überschritten werde, sinke.

**Herr Dr. Wurm** antwortet, dass die Ausbauwassermenge steige, aber auch die Mindestwassermenge. In etwa könne man sagen, bei 400 l/s komme es an 200 Tagen im Jahr zu Überschreitungen der Mindestwassermenge, bei 1.900 l/s bzw. 1.700 l/s komme es im langfristigen Mittel an 115 Tagen im Jahr zum Wehrüberfall. Es sei insoweit richtig, dass sich die Anzahl der Tage mit Wehrüberfall reduziere.

**Herr Konrad, RPT Fischereibehörde**, merkt an, dass auch bei einer Drosselung der Turbinenleistung weiter ein Teil des Wassers durch den Tunnel geleitet werde, da der Unterwasserkanal sonst trockenfalle. Zu berücksichtigen sei vorliegend auch, dass die wasserrechtliche Zulassung für die Dauer von 70 Jahren beantragt werde. Folge man vor diesem Hintergrund den Prognosen zum Klimawandel, sei ungewiss, wie sich gerade Zunahmen von Trockenheit und Veränderung der Winter auf die Wassermengen auswirke und ob diese dann noch ausreichen. Daher sei die Mindestwassermenge von 2,3 m³/s, bei der es sich ohnehin nicht um einen optimalen Wert, sondern um den gerade noch verantwortbaren Mindestwert handle, erforderlich.

**Frau Nitschke**, ergänzt zum Aspekt Wehrüberfall an 200 Tagen, dass kein Wasser durch die Turbine und den Stollen geleitet werde, wenn in der Donau ohnehin zu wenig Wasser für die Turbine ankomme. Man rechne daher tatsächlich mit Wehrüberfall an 200 Tagen im Jahr.

Der **VL** bittet Herrn Dr. Wurm um Auskunft, ob das Gutachten die Folgen des Klimawandels durch einen Klimafaktor berücksichtige.

**Herr Dr. Wurm** teilt mit, dann dies nicht der Fall sei, da hierzu keine realistischen Annahmen getroffen werden können und es sich daher um hypothetische Annahmen handle.

Der **VL** erläutert, dass die Bereiche Natur und Ökologie schwer messbar seien. Daher seien Annäherungen und Prognosen bzw. Einschätzungen erforderlich. Hier habe man daher eine Einschätzungsprärogative also einen Beurteilungsspielraum. Er verstehe das bisher Vorgetragene so, dass sich das Gutachten an unteren Ende des Spielraums bewege, während die Fischereibehörden und Verbände nicht unter die geforderte Mindestwassermenge gehen möchten und den Beurteilungsspielraum insoweit als erschöpft sehen. Er bitte um Mitteilung, ob es vorliegend noch Spielräume gebe.

**Herr Bartl** stellt klar, dass es missverständlich sein könne, im Hinblick auf die Habitatfunktion von einem Puffer zu sprechen. Jedoch dürfe, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und der langen Konzessionsdauer, nicht ausschließlich von den jeweiligen Mindestanforderungen ausgegangen werden im Hinblick auf Tiefe, Strömung und Fläche. Auch bezüglich der Durchgängigkeit werde kein Puffer vorgesehen. Im Wasserkörper, der nicht in Ordnung sei und wo ein hoher Migrationsbedarf bestehe, sollten die Mindestanforderungen an die Durchgängigkeit auch eingehalten werden. Insofern könne zur Durchgängigkeit kein Spielraum gesehen werden. Dies gelte auch für Umstrukturierungen, wie das Anlegen von Wanderkanälen o.ä., denn diese Strecken lägen im Naturschutzgebiet.

Der **VL** fasst zusammen, dass Herr Dr. Wurm aufgrund der vorgenommenen Untersuchungen zu dem Ergebnis komme, dass wegen der örtlichen Gegebenheiten von den Vorgaben abgewichen werden könne. Wohingegen die Fischereibehörden trotz der besonderen örtlichen Gegebenheiten keine Möglichkeit für ein Abweichen sehen.

**Herr Bartl** bestätigt dies und ergänzt, dass ein Fisch unabhängig von den örtlichen Gegebenheiten nur bei einer bestimmten Wassertiefe wandern könne und daher keine Abweichung möglich sei.

**Herr Dußling, RPT Fischereibehörde**, trägt vor, es seien in der Probestrecke zwar tatsächlich anspruchsvolle Arten, wie Äsche und Nase nachgewiesen worden. Allerdings

falle auf, dass 2/3 des Fischbestandes aus Elritzen bestehe, einer Kleinfischart, die maximal 10 cm lang werde. Diese komme zwar in solchen Gewässern vor, normalerweise aber nicht so dominant. Dies deute darauf hin, dass im Gewässer doch etwas nicht stimme. Denn es komme immer auf das Gesamte an; es bringe nichts nur darauf abzustellen, in einem Bereich 30 oder 40 Äschen oder Nasen gefangen zu haben, sondern es müsse immer der Gesamtkontext betrachtet werden.

Weiter merkt er an, dass die Angaben im Gutachten zur Mindestwasserführung für sich sprechen: Im Gutachten werde festgestellt, dass bei einem Mindestabfluss von 1,7 m<sup>3</sup>/s 47 % der Talwegtiefen geringer als 30 cm und 24 % geringer 25 cm seien. Soweit die 30 cm auf kurzen Strecken unterschritten werden dürften, liege dies fachlich daran, dass die Fische in der Lage seien, diese geringen Tiefen in Ausnahmesituationen zu kompensieren, wenn dies nicht zu häufig auftrete. Wenn aber gutachterlich festgestellt sei, dass bei 1,7 m<sup>3</sup>/s ca. die Hälfte der Talwegtiefen geringer als 30 cm seien, sei eine Ausnahmesituation eindeutig nicht mehr gegeben. Insofern sei die Forderung von 2,364 m<sup>3</sup>/s gerechtfertigt.

**Herr Dr. Wurm** ergänzt, dass er auch selbst Aufnahmen gemacht habe. Die Strecke, die jetzt als gut befunden würde, sei hinsichtlich des Fischbestandes nahezu identisch mit der beim Jägerhaus und mit der im Bereich Fridingen. Somit habe er seine Erkenntnisse aus längeren Strecken gezogen und nicht nur aus einer. Er stimmt den Ausführungen zu, dass nur die Betrachtung einer Strecke nicht ausreichend gewesen wäre. Die schnellen Bereiche haben jedoch gezeigt, dass die teilweise gefährdeten Arten in der Donau, wenn auch nicht ganz gut, so doch gut, vorhanden seien. Darauf beruhe seine Einstufung.

Der **VL** stellt fest, dass es zur Einschätzung der örtlichen Situation einen Dissens gebe. Ob hier eine Einigung bzw. einheitliche Einschätzung erzielt werden könne oder ob ein Obergutachten eingeholt werden müsse, werde durch das Regierungspräsidium noch zu entscheiden sein. Er hält daher nochmals fest, auf welchen Grundlagen vorliegend zu entscheiden sei. So gelte als Basis der Wasserkrafterlass und der Leitfaden Mindestwassermengen von 2005.

Zudem habe Herr Bartl das DWA Merkblatt M509 aufgegriffen. Er fragt Herrn Dr. Wurm, ob ihm dieses bekannt sei und ob dieses bei seinen Ausführungen berücksichtigt worden sei. Dies bestätigt **Herr Dr. Wurm**. Der **VL** hält fest, dass somit Konsens darüber bestehe, welche Merkblätter und Papiere den fachlichen Einschätzungen zugrunde liegen. Weitere Leitfäden oder ähnliches werden nicht als einschlägig betrachtet.

**Herr Bartl** relativiert, dass der alte Wasserkrafterlass hier nicht einschlägig sei, weil es sich um eine Anlage mit einer Leistung von über 1 MW handle, insofern müsse er nicht zwingend angewandt werden. Er biete jedoch Hinweise und Grundlagen, gerade zur Gewässerökologie. Daher sei es in Ordnung, ihn hier heranzuziehen. Außerdem – wie Herr Wurm richtig gesagt habe – bestehe hier durch das ca. 20 m breite Donaubett mit einer außergewöhnlich niedrigen mittleren Niedrigwasserführung eine besondere Situation, die nicht den Standard abbilde.

Der **VL** bittet nochmals um Bestätigung der Aussage, dass die Donau hier wegen des breiten Bettes eine sehr niedrige durchschnittliche Wassertiefe habe.

**Herr Bartl** trägt ergänzend vor, dass – auch den Ausführungen von Herrn Dr. Wurm folgend – es sich bei der Donau um den Gewässertyp großer Mittelgebirgsfluss handle. Die Donau habe hier eine mittlere Wasserführung von 13 m<sup>3</sup>/s, aber ein MNQ von nur ca. 800 l/s. Das entspreche lediglich 6 % oder 7 % des MQ und sei extrem gering. Dies ergebe sich aus der oberhalb stattfindenden Versickerung. Bei anderen Gewässern betrage das MNQ 20 % bis 25 % des MQ. Dies zeige, dass hier andere Verhältnisse vorliegen. Somit sei der Wasserkrafterlass in Bezug auf das MNQ hier nicht zielführend. Zwar könne die Donau aufgrund ihrer natürlichen Breite mit mittleren Abfluss und auch kleiner Hochwasser, z. B. HQ2, abführen, bei längeren Phasen mit sehr wenig Wasser bestehe beim MNQ jedoch eine ökologisch ungünstige Relation.

Der **VL** fragt nach, ob die Donauversickerung in den Berechnungen berücksichtigt sei. Er stellt fest, dass dies allseits der Fall sei. Zur Anwendbarkeit des Wasserkrafterlasses führt er aus, dass dieser hier nur bedingt anwendbar sei; zumal dort Bewertungsspielräume gegeben seien.

**Frau Nitschke** bittet nochmals um Erläuterung durch die Fischereibehörden, warum das Ergebnis des Gutachtens, dass die Strecke in einem sehr guten Zustand sei, als nicht schlüssig betrachtet werde.

**Herr Bartl** führt dazu aus, dass die Donau hier gerade nicht in einem sehr guten Zustand sei. Alleine das Fangen von ein paar kleinen Nasen oder Äschen, selbst wenn es 50 Stück seien, lasse nicht bereits auf einen guten Zustand schließen. Denn es gebe klare Defizite im Hinblick auf die Altersstruktur und weitere Punkte. Dies dürfe nicht missverstanden werden. Da seien deutliche Defizite vorhanden. Das Gutachten sage lediglich, dass hier an manchen Stellen das Vorkommen von Arten im Verhältnis zu anderen Teilen der Donau, wo beispielsweise die Nase gar nicht vorkomme, gut sei, nicht jedoch bezüglich des Bestandaufbaus. Es liege also kein sehr guter Zustand vor.

**Herr Dr. Wurm** hält dem nochmals entgegen, dass andere Strecken der Donau, z. B. die Vollwasserstrecke bei Mühlheim, schlechter bewertet seien als hier die Ausleitungsstrecke. Er räumt ein, dass es zwar auch hier Defizite gebe, so seien nur an wenigen Stellen große Nasen in Schwärmen vorhanden. Insgesamt sei die Situation im Vergleich zu anderen Strecken aber gut, sodass er zu der Schlussfolgerung gelangt sei, dass die Strukturen hier nicht so schlecht seien.

**Herr Rost, Betriebsleitung EnBW**, bittet, das Thema Klimawandel nicht weiter zu berücksichtigen. Es gebe keine fundierte Studie darüber, wie sich der Klimawandel auf diesen Bereich der Donau auswirken könne. So seien Auswirkungen des Klimawandels auch bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht berücksichtigt worden.

**Herr Dr. Mentzel** entgegnet dem, dass gerade, wenn man nicht wisse, was passiere, vom „worst-case“-Szenario ausgegangen werden sollte. Dies sei jedenfalls im Sinne der Fische.

Der **VL** stellt fest, dass es zum Thema Mindestwasser keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Er merkt an, dass die Zulassungsbehörde ermitteln werde, welche Anforderungen fachlich notwendig seien. Erst dann komme es gegebenenfalls zu einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Er weist darauf hin, dass bei der Beurteilung die Entwicklung der Rechtsprechung zu beachten sei, die bezüglich der Wirtschaftlichkeit strenge Maßstäbe setze und mitunter eine Mindestwirtschaftlichkeit als ausreichend erachte. Daher könnte das wirtschaftliche Ziel der EnBW möglicherweise zweifelhaft zu sehen sein. Zumal es sich bei der Antragstellerin um einen Unternehmensverbund handle, bei dem auch ein Verlustausgleich aus anderen Anlagen denkbar sei. Dies werde geprüft und in Gesprächen weiter vertieft.

## **2. Durchgängigkeit:**

Der **VL** ruft den Punkt Durchgängigkeit auf. Er erläutert, dass es sich vorliegend um eine Programmstrecke der WRRL mit besonderer Bedeutung für die Durchgängigkeit handle. Dies verlange gerade auch eine Fischdurchgängigkeit am Wehr. Hier also bei der Fischaufstiegsanlage und der Fischabstiegsanlage.

Er verstehe die Stellungnahmen der Fischereibehörden so, dass die Ansätze der Antragstellerin akzeptabel seien. Er fragt nach, ob dies zutrifft und die Dimensionierung als ausreichend angesehen werde.

**Herr Bartl** führt aus, dass die Fischaufstiegsanlage nach dem Stand der Technik geplant sei. Er bittet jedoch darum, beim Aufstiegsbecken (obersten Becken), auch wenn es noch



keinen Gefällesprung habe, das Stück vor der Abschrägung der Uferwand etwa 1 m länger zu machen. Dies sei für Arten wie den Hecht notwendig. Im Übrigen sei die Planung gut.

**Herr Maier, Hydro Energie Roth für EnBW**, sichert zu, die Bitte der Fischereibehörde aufzugreifen und das oberste Becken auf eine DWA-konforme Länge zu verlängern. Er merkt diesbezüglich an, dass die Abschrägung deshalb vorgesehen sei, weil es bei Becken, die nicht komplett durchströmt werden, immer zu Ablagerungstendenzen von Geröll komme. Dies sei hier aber nicht der Fall. Er schlägt vor, dies fachlich nochmals zu diskutieren, hält aber fest, dass die Verlängerung erfolge, wenn die Fischereibehörde dies wünsche.

**Herr Bartl** äußert sich dahingehend, dass er Raum für eine sinnvolle Zwischenlösung sehe. Es gehe vorliegend, wie später auch beim Fischabstieg, lediglich um Modifikationen, die aus seiner Sicht auch im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt werden können.

Der **VL** stellt fest, dass es entscheidend sei, ob für die Verlängerung des Beckens eine Planänderung erforderlich sei. Sofern dies der Fall sei, bitte er die entsprechenden Pläne im Antrag auszutauschen. Eine Änderung des Plans sei insbesondere dann erforderlich, wenn durch die bauliche Verlängerung des Beckens nicht nur im Rahmen der Ausführungsplanung verschoben werden können, sondern sich die Grunddimensionierung ändere.

**Herr Maier** führt aus, dass die Maßnahme bezogen auf den Fischaufstieg etwa eine Verlängerung von einem Meter bis 1,20 Meter bedeute.

Unter diesen Umständen bittet der **VL** insoweit um einen Austausch der Planunterlagen. Er weist darauf hin, dass gegebenenfalls weitere Änderungen, die im Rahmen der Ausführungsplanung vorgenommen werden, in diesem Zusammenhang nochmals genau bezeichnet werden sollen.

**Herr Bartl** äußert sich dahingehend, dass aus seiner Sicht keine neuen Planunterlagen erforderlich seien. Solche Änderungen seien im Rahmen der Ausführungsplanung noch üblich. Die Anforderungen an die aus seiner Sicht marginalen Änderungen seien alle in der Stellungnahme der Fischereibehörden enthalten. So auch, dass die Installation eines Treibgutabweisers zu überlegen sei.

**Herr Maier** entgegnet hierauf, dass die vorgesehene Betonmauer bereits die Funktion des Treibgutabweisers übernehme. Ein weiterer Abweiser aus Stahl für das Geschwemmseil vor der Betonwand sei nicht erforderlich.

**Herr Konrad** fragt nach, ob mit der Betonwand die kontinuierliche Ableitung des Geschwemmsels sichergestellt sei. Auf einen kontinuierlichen Abfluss des Geschwemmsels sei bisher immer Wert gelegt worden, um zu verhindern, dass Geschwemmselteppiche vor der Wehranlage zu faulen beginnen.

**Herr Maier** führt aus, er gehe nicht von großen Geschwemmselanlandungen aus. Vergleichbare Bauwerke im Bereich der Kinzig haben über mehrere Jahre Betrieb gezeigt, dass dort keine Geschwemmselteppiche entstehen. Es sei nicht davon auszugehen, dass sich dies hier anders verhalte.

**Herr Bartl** greift den Fischabstieg auf und die Planungen am Wehr. In der Planung sei eine technische Vorrichtung zur Weitergabe der Mindestwasserabgabe vorgesehen. 7 cm auf 20 Meter Breite. Er bittet bezüglich der dort vorgesehen technischen Einrichtung für die Teildotierung des Mindestwasserabflusses, dass die Dotieröffnung deutlich schmaler ausfalle als bisher geplant. Die bislang geplante 7 cm hohe Überströmung über die gesamte Breite des Wehrkörpers von 20 Meter führe dazu, dass schon eine Unterschreitung des Wasserspiegels von 1 cm sehr viel ausmache. Die Öffnung solle lediglich 1,5 m breit und entsprechend tief sein.

**Herr Rost** teilt mit, dass dies so durchgeführt werde. Der Mindestwasserabfluss werde über das in Fließrichtung rechte Wehrfeld abgegeben. Damit werde auch eine größtmögliche Lockströmung für den Einstieg in den Fischpass erreicht.

**Herr Bartl** bedankt sich für diese Zusage.

Er macht noch weitere Ausführungen zu der Fischabstiegsanlage. Am Rechen vor dem Stollen sei ein Bypass/Korridor vorgesehen, über den die Fische ins Unterwasser des Wehres gelangen können. Zwar habe das Ingenieurbüro Roth solche Bypässe schon anderweitig mit Erfolg gebaut, er bittet jedoch auch hier noch um folgende Änderung: Unmittelbar nach dem Einstiegsbereich folge eine 90-Grad-Kehre. Diese solle breiter angelegt und in einem etwas größeren Bogen geführt werden. Weiter solle in dem unteren Bereich, in dem die Fische ankommen, die dortige Schräge so gestaltet werden, dass eine Schädigung der Fische vollständig ausgeschlossen sei. Das Tosbecken sollte etwas verlängert werden.

**Herr Maier** führt hierzu aus, dass beim Fischabstieg eine größere Einstiegskurve umgesetzt werde. Dadurch werde sich auch die Situation im Bereich der Einleitung in das Tosbecken verändern. Der Winkel sei anders.

**Herr Bartl** sieht hier die Möglichkeit, dies im Rahmen der Ausführungsplanung näher zu beleuchten. Dann sei auch der Eintritt ins Unterwasser zu besprechen.

Der **VL** weist auch hier darauf hin, dass eine Planänderung erforderlich sei, wenn mit den vorgesehenen Änderungen die Veränderung der Dimensionierung verbunden ist. Nach Feststellung des Planes sei eine Verschiebung der Bauwerke um einige Meter nicht mehr möglich. Er bittet daher um Mitteilung, welche Maßnahmen in die Ausführungsplanung verlagert werden sollen.

Nach den Ausführungen von **Herrn Maier** werde sich die Lage des Fischabstiegs nicht ändern. Es handle sich eher um Detailfragen, die mit den Fischereibehörden im Rahmen der Ausführungsplanung geklärt werden können.

**Herr Dr. Laufer** führt aus, er wolle noch Themen ansprechen, zu denen sich die Naturschutzverbände bereits geäußert haben, die aber bislang noch nicht zur Sprache gekommen seien. Bei Fischaufstieg und Fischabstieg habe er Vertrauen, dass es nach dem Stand der Technik realisiert werde.

Bezüglich der Ausleitungsstrecke müsse sichergestellt werden, dass dort eine deutliche Lockströmung erzeugt werde, sodass die Fische auch verstehen, dass der Weg dort weiterführe, wo weniger Wasser herkomme, nämlich in der Donau und nicht dort, wo der Kanal rauskomme. Dies sei für einen Fisch nicht einfach.

In der Ausleitungsstrecke bestehen Besonderheiten, es handle sich um ein Restwasser, sie sei Programmstrecke „Durchwanderbarkeit“, sie liege im FFH-Gebiet und sei ein europäischer Fluss. In dieser Strecke leiste man sich jedoch zwei Stauhaltungen. Dabei sei es nicht akzeptabel, ein Restwasser nochmals zu stauen. Er mache daher die Aufhebung dieser Stauhaltungen zur Bedingung, um der Neugenehmigung des Kraftwerks zuzustimmen. Bei einer Neugenehmigung müsse das Restwasser endlich so renaturiert werden, wie es ein europäischer Fluss mit seiner Dynamik verdiene. Das betreffe das Bronner Wehr, hier handle es sich um ein funktionsloses Wehr, dass jedoch die Wasserqualität um eine Stufe auf „mäßig“ herabsetze. Ebenso behindere es die Durchwanderbarkeit. Er erläutert, dass die Durchwanderbarkeit bei Stauhaltungen nicht nur durch die Wehranlage selbst, sondern auch durch den Staukörper unterbrochen werde. Das Wehr habe keine Funktion, sondern stau lediglich einen 2,2 km langen Angelteich. Dies könne man sich in einem so wertvollen Gebiet von europäischer Bedeutung jedoch nicht leisten. Neben dem Bronner Wehr sei auch die Stauschwelle an der unteren Bebauung von Fridingen, durch die die Donau bis oberhalb der Straßenbrücke bei St. Anna in Fridingen gestaut werde, zu entfernen.

**Herr Bartl** führt zum Tosbecken unterhalb des Wehres aus. Im Längsschnitt beginne es mit einer senkrechten Wand, gefolgt von einem tieferen flacheren Bereich, nach 2,20 Meter unterhalb der Wand beginne eine Schräge, die nach oben verlaufe und das Tosbecken allmählich beendet. Bei deutlichem Wehrüberfall bestehe die Gefahr, dass Fische, die mit dem Wasserstrahl über das Wehr kommen, auf die Schräge unterhalb des Wehres aufkommen und dadurch Schaden nehmen. Er bittet daher darum, den flachen Bereich des Tosbeckens etwas zu verlängern, um zu gewährleisten, dass die Fische nicht zu Schaden kommen.

**Herr Maier** entgegnet, dass die Fische nicht gegen die Schräge fallen können, dies ergebe sich aus der Wurfparabel. Das Tosbecken habe eine Wassertiefe von 1 m, die sich bei Wehrüberfall ohnehin erhöht, dies entspreche auch der Handreichung für Fischschutz/Fischabstiegsanlagen. Es bestehe kein Grund für eine Verlängerung des Tosbeckens. Betrachtung der Turbulenzen im Tosbeckenbereich, wenn wir 700 Liter ins Tosbecken abgeben müssen, haben wir bei dem Volumen des Beckens eine Energiedissipation von weit unter 100 Watt pro Kubikmeter. Wir könnten 2, 3 oder 4 Kubikmeter abgeben bei gleichbleibender Delta H, ohne dass wir einen Wert von 500 Watt pro Kubikmeter überschreiten, der im Handbuch genannt sei. Fischschutzbelange seien berücksichtigt worden.

**Herr Bartl** räumt ein, dass dies für ihn nicht erkennbar gewesen sei. Auch sei ihm die Wurfparabel nicht bekannt. Er werde dies daher nochmals prüfen.

Der **VL** greift nochmals die von Herrn Laufer vorgetragenen Aspekte auf. Er erklärt, dass es im EÖT nur um das Verfahren zur Wasserkraftanlage Fridingen mit den unmittelbar zu-rechenbaren Bauwerken gehe, weitere Anlagen, die sich im Gewässer befinden, seien nicht der EnBW zuzurechnen. Dies gelte gerade auch für das Bronner Wehr und die Betonschwelle.

**Frau Reichegger, RPF, Landesbetrieb Gewässer**, führt aus, dass der Landesbetrieb Gewässer derzeit eine Planung für den Rückbau des Bronner Wehres in Auftrag gegeben habe. Neben dem Rückbau des Wehres seien auch weitere Strukturmaßnahmen notwendig. Sie gehe davon aus, dass die Maßnahmen im zweiten Bewirtschaftungszyklus der Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt werden können.

Auf Nachfrage des VL bestätigt sie, dass diese Maßnahmen auch von der Entscheidung zur Wasserkraftanlage Fridingen abhängen, insbesondere mit Blick auf eine ausreichende Mindestwassermenge.

**Herr Dr. Mentzel**, erklärt, er sehe einen direkten Zusammenhang zwischen der Neugenehmigung des Kraftwerks und den Auswirkungen auf die Situation bei den beiden Stauhaltungen in der Ausleitungsstrecke. Er plädiert daher dafür, die Genehmigung von der Sanierung des Auslaufs abhängig zu machen.

Der **VL** bekräftigt seine bisherige vorläufige Einschätzung, dass hier kein unmittelbarer Zusammenhang bestehe und es der EnBW nicht unmittelbar zuzurechnen sei. Gerne könne sich die EnBW mit dem Landesbetrieb Gewässer in Verbindung setzen, falls sie beispielsweise Ökopunkte erreichen wollte. Hierzu verpflichten könne er die EnBW aber nicht.

**Herr Dr. Mentzel** fragt nach, inwieweit Ausgleichsmaßnahmen für das Kraftwerk durchzuführen seien und ob in diesem Zusammenhang die Stauhaltungen berücksichtigt werden können.

**Frau Reichegger** führt daraufhin aus, dass der Landesbetrieb Gewässer verpflichtet sei, den guten ökologischen Zustand herzustellen. Diese Maßnahmen werden daher auch in eigener Zuständigkeit des Landesbetriebs Gewässer durchgeführt. Sollte es darüber hinaus Möglichkeiten zum Ausgleich zum Beispiel aus naturschutzfachlicher Sicht geben, sei dies eine andere Frage.

**Herr Dr. Laufer** gibt an, er sehe die einzelnen Maßnahmen miteinander verknüpft, erwarte jedoch nicht von der EnBW die Stauhaltungen selbst zu beseitigen. Dies müsse von den jeweiligen Verantwortlichen erfolgen. Das Bronner Wehr gehöre dem Land.

Der **VL** bittet das Landratsamt bezüglich der Betonschwelle im Rahmen seiner Zuständigkeit tätig zu werden. Er hält nochmals fest, dass die verschiedenen Anlagen getrennt voneinander zu betrachten seien.

### **3. Buhne**

**Herr Konrad** führt aus, dass die Planung der Buhne so nicht akzeptabel sei. Sie sei eine Steinreihe, die nur eine kurze Strömung erzeuge, die sich sofort wieder aufweite und sich mit der Hauptströmung aus dem Unterwasserkanal völlig auflöse. Daher sei eine deutlich größere Dreiecksbuhne erforderlich. Deren Größe könne jedoch im Detail erst bestimmt werden, wenn das Kraftwerk in vollem Umfang laufe und der Mindestabfluss in der Donau vorhanden sei, sodass die Auffindbarkeit der Ausleitungsstrecke auch unter Volllastbetrieb und bei dem festgelegten Mindestabfluss gewährleistet sei. Die Buhne müsse jedenfalls bereits jetzt mit kalkuliert werden. In der wasserrechtlichen Entscheidung sei festzuhalten, dass ein Einbau, bzw. ein Umbau des Unterwassers erfolgen müsse und die entsprechenden Kosten dafür einzuplanen seien.

**Frau Nitschke** entgegnet, es sei bereits eine Dreiecksbuhne in den Plänen eingezeichnet worden, dies haben die Fischereibehörde jedoch auch abgelehnt. Es sei für die Antragstellerin daher nicht klar, was genau sie nun planen solle. *Sie zeigt Bilder von einer vergleichbaren Buhne in Ottenau.* Dazu führt sie aus, dass die vor einigen Jahren gebaute Buhne gut funktioniere. Man könne erkennen, dass die Strömung neben der Buhne tatsächlich verstärkt sei und an dem Wasser aus dem Kanal vorbeigehe. Sie bittet um Mitteilung, was vorliegend genau gefordert werde, um entsprechend kalkulieren zu können.

**Herr Konrad** erläutert, dass sich zwischen dem roten und gelben Bereich ein kurzer Strömungsstrich einstelle. Durch die Aufweitung hinter der Buhne gebe es ein Kehrwasser, das zu einer Strömungsberuhigung führe. Werde die Bühne spiegelbildlich verlängert, also umgeklappt, führe dies zu einem wesentlich gerichteteren und längeren Strömungsstrich im Unterwasser.

**Herr Maier** führt aus, dass er eine komplette Auffächerung der Leitströmung nach der Bühne für ausgeschlossen halte. Das zeigen auch andere Beispiele wie in Bad Rotenfels. Hier werde es aber nochmal eine fachliche Abstimmung geben, damit auch hier eine gute Lösung gefunden werde und der Mindestabfluss von  $1,7 \text{ m}^3/\text{s}$  dazu führe, dass die Fische in die Ausleitungsstrecke finden.

Der **VL** fragt nach, ob jedenfalls Einigkeit dafür bestehe, dass eine Buhne gebaut werden muss und wo. **Herr Maier** bestätigt dies.

**Herr Konrad** bestätigt dies ebenfalls und führt weiter aus, dass dort die Fischwanderung eher in der Flussmitte bzw. auf dem linken Ufer stattfinde. Er sehe die Schwierigkeit, dort eine Leitströmung Richtung Mutterbett und Ausleitungsstrecke zu bekommen. Er wiederholt seine Forderung, dass in der Entscheidung festzulegen sei, dass seitens EnBW ausreichende Mittel zur Verfügung auch für ein größeres Bauwerk gestellt werden, damit die Ausleitungsstrecke auffindbar ist bei Volllastbetrieb und bei Abgabe des Mindestabflusses und dass der konkrete Umfang der Buhne dann unter den tatsächlichen Bedingungen bei Betrieb festgelegt werde.

Der **VL** stellt fest, dass in der Genehmigung geregelt werden müsse, wo die Buhne hinkommt. Er bittet, dies im Plan noch zu präzisieren. Die konkrete Ausführung, also die Feindimensionierung, könne dann im Rahmen der Ausführungsplanung festgelegt werden. In der Entscheidung zu formulieren, dass von Seiten der EnBW ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werde, halte er für schwierig. Entscheidend sei, dass die grundlegenden fachlichen Anforderungen an die Buhne definiert werden.

**Frau Nitschke** führt aus, dass die Lage der Buhne aus ihrer Sicht mit Blick auf Fischwanderung und Strömung nur auf der rechten Flussseite sinnvoll sei. Zur Frage wie nah die Buhne an dem Kopf liege, sei vorgesehen etwas zurück zu gehen, weil der untere Teil der Insel immer überströmt werde. Er werde stärker überströmt, wenn die Buhne die Strömung verengt. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, ob eine Dreiecksbuhne gebaut werden könne. Da Herr Konrad auch von einer Längsbuhne gesprochen habe, sei für sie unklar, was genau gemeint sei. Man könnte den Winkel, mit dem man ins Unterwasser gehe, auch flacher gestalten. Sie müsse wissen, welche Größenordnung gefordert sei und vor welchem Hintergrund.

**Herr Konrad** zeigt an der Leinwand, wie er sich die Buhne vorstellt.

Der **VL** hält fest, dass demnach die Buhne etwas weiter nach vorne längs gezogen werden müsse. Herr Konrad hat seine Grundanforderungen formuliert. Er bittet um bilaterale Klärung und Mitteilung.

**Herr Maier** wendet ein, für eine Planung müsse es greifbare Vorgaben geben. Beispielsweise über die Definition der Verhältnismäßigkeit von Fließgeschwindigkeiten aus Unterwasserkanal und im Bereich der Buhne. Eine Anpassung werde dann während des Betriebs erfolgen.

Der **VL** bittet Herrn Konrad entsprechende Forderungen zu formulieren und zu präzisieren. Für die Genehmigung werde festgelegt, wo die Buhne hinkommen soll und die Anforderung, dass sie eine vernünftige Lockströmung erzeugen kann. Für die konkrete bauliche Ausführung bestehe dann ohnehin ein zeitlicher Puffer, da zunächst die Arbeiten am Wehr vorgenommen werden.

**Herr Konrad** benennt als Kriterium, dass die Strömungsgeschwindigkeit im Flussbett 20-30 cm/s schneller sein müsse, als im Unterwasserkanal

**Herr Maier** stellt fest, dass mit diesen Vorgaben geplant werden könne.

Der **VL** trägt vor, dass mit der Verlegung des Wehres um 40 Meter das Landeswehr obsolet werde. Der Landesbetrieb Gewässer sei um eine FolgeLösung bemüht.

**Frau Reichegger** führt aus, dass Referat 53.2 davon ausgehe, dass für den Großversuch des Wegfalls des Landeswehres zeitnah eine Vereinbarung mit der EnBW getroffen werden müsse. Zu regeln seien insbesondere betriebliche Sachverhalte wie Steuerungsreglement, Rückbau des Wehres und Zuständigkeiten bei der Steuerung (Rechte und Pflichten). Hier werde der Landesbetrieb Gewässer nach der hiesigen Entscheidung und der

Mindestwasserfestlegung das Gespräch mit der EnBW suchen. Weiter führt sie aus, dass, wie bisher vereinbart, künftig die Unterhaltung für den Staubereich bei der EnBW liegen solle; auch hierzu sei vorgesehen, entsprechende Vereinbarungen mit der EnBW zu treffen.

Der VL sieht diese Aussage so als hier ausreichend an.

**Frau Nitschke** merkt dazu an, dass es eine alte Vereinbarung gebe, die regelt, dass die Zuständigkeit für den Rückbau des Landeswehres beim Land liege. Zudem bittet sie, einen Ansprechpartner für die Anforderungen an die Steuerung zu benennen. Auch für die Abklärung der Rechte und Pflichten.

Der **VL** erläutert, dass die Zuständigkeit für die Herstellung der Durchgängigkeit am Bärakraftwerk beim Landratsamt liege und Gegenstand eines gesonderten Verfahrens sein werde.

**Frau Reichegger** sagt zu, dass der EnBW zeitnah ein Ansprechpartner genannt wird.

**Pause 13:13 Uhr bis 14:05 Uhr**

#### **TOP4: Erörterung der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen**

##### **b) Belange des Naturschutzes**

Der **VL** stellt fest, dass sich aus den Stellungnahmen der unteren Naturschutzbehörde, der höheren Naturschutzbehörde – Referat 55 – und des LNV keine kritischen Punkte ergeben.

Er führt aus, dass es vorliegend mehrere Schutzgebiete gebe, die das Projekt berühren. Zum Naturpark und dem Landschaftsschutzgebiet habe das Landratsamt Tuttlingen bereits die erforderlichen Erlaubnisse in Aussicht gestellt. Diese werden dann in der wasserrechtlichen Entscheidung übernommen. Nicht betroffen seien Belange des besonderen Artenschutzes. Bezüglich der FFH-Mähwiese auf der stromabwärts rechten Uferseite des Landeswehres sei von der Vorhabenträgerin bereits vorgesehen, entsprechend vorsichtig zu arbeiten und Bodenschutzmatte zu verlegen. Damit solle eine Vermeidung bzw. Minimierung des Eingriffs erreicht werden. Notwendigenfalls seien auch noch Ausgleichsmaßnahmen möglich. Der VL stellt fest, dass die Anwesenden diesen Ausführungen zustimmen. Er führt weiter aus, dass keine erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf FFH-Gebiete bestünden. Die Belange der Fischerei beträfen die Fische insgesamt, unabhängig vom FFH-Gebiet. Er verweist insoweit auf die bereits geführte Diskussion.



**Frau Nitschke** merkt an, dass einerseits eine Schonzeit für die Mähwiese bestehe, andererseits die Bäume aufgrund der Vogelschonzeiten bereits noch im Februar zu roden seien.

**Frau Harder, LRA Tuttlingen**, führt dazu aus, dass es zwei Zeiträume gebe, die zu beachten seien. Einerseits dürften die Gehölze nur im Winterhalbjahr gefällt werden. Andererseits sei bei der Mähwiese zunächst abzuwarten, bis diese einmal abgemäht worden sei.

**Frau Nitschke** gibt zu bedenken, dass die Mähwiese befahren werden müsse, um die Bäume fällen zu können.

**Frau Harder** erläutert, dass es möglich sei, die Fällarbeiten bei Frost durchzuführen. Das sei besser für die Mähwiese.

**Frau Nitschke** bittet um Mitteilung, ob es möglich sei, die Fällarbeiten in Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung durchzuführen.

**Frau Harder** stimmt dem zu. Die ökologische Baubegleitung müsse jedoch zuvor entsprechende Rücksprachen mit dem LRA halten.

Der **VL** bekräftigt, dass die Arbeiten nur unter ökologischer Baubegleitung in Absprache mit dem Landratsamt erfolgen dürften. Die Abstimmung mit dem LRA sei vorzunehmen, zumal ohnehin die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen erforderlich sei, wenn die Arbeiten außerhalb der üblichen Zeiten durchgeführt werden.

**Frau Nitschke** merkt an, dass es aus Sicht der Vorhabenträgerin einfacher sei, wenn eine Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung ausreiche; jedenfalls bei einfach gelagerten Punkten.

Der **VL** führt aus, dass ohnehin nicht jeder Punkt genehmigungspflichtig sei und daher auch nicht immer eine Abstimmung erforderlich mache. Zudem müsse die ökologische Baubegleitung bereits in Abstimmung mit der LRA bestellt werden. Damit bestehe die Möglichkeit, solche Abläufe frühzeitig zu definieren.

**Herr Valchey, EnBW**, merkt an, dass der erste Schnitt der Mähwiese erst im Juli stattfinde. Es sei jedoch notwendig, bereits im Mai mit den Bauarbeiten zu beginnen. Er bittet daher um Mitteilung, ob es möglich sei, mit der ökologischen Baubegleitung unter Verwendung der Bodenschutzmatten, die Möglichkeit des früheren Beginns abzustimmen.

**Frau Harder** bittet um Vorlage eines Zeitplans; auf dessen Basis könne man dann die konkreten Auflagen näher definieren.

**Frau Nitschke** erklärt hierzu, dass der vorläufige Bauzeitenplan aus den Antragsunterlagen weiterhin gültig sei. Jedoch sei zum Zeitpunkt seiner Erstellung die Wiese noch nicht als FFH-Mähwiese gekennzeichnet gewesen. Sie führt weiter aus, dass zunächst die Bauarbeiten auf der linken Flussseite im Mai beginnen. Daher bestehe gegebenenfalls die Möglichkeit, dass ein Befahren der rechten Uferseite erst ab Juli notwendig werde. Dies müsse jedoch zunächst noch intern näher abgestimmt werden. Sofern dieser Konflikt nicht ausgeräumt werden könne, würde sie nochmals Rücksprache mit dem LRA halten.

**Frau Harder** zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Der **VL** begrüßt diesen Vorschlag.

Der **VL** beabsichtigt, den Punkt 4. c) Belange Wasserwirtschaft und Bodenschutz mit dem Thema Schwall-Sunk aufzurufen.

**Herr Konrad** führt zunächst allerdings noch ergänzend zum Naturschutz aus, es gebe das FFH-Gebiet mit dem Lebensraumtyp „Fließgewässer mit flutender Wasservegetation“ in der Ausleitungsstrecke. Er plädiert daher dafür, dies auch bei der Festlegung der Mindestwassermenge zu berücksichtigen, um den als solchen ausgewiesenen Lebensraum zu erhalten.

Der **VL** bestätigt dies und dass die Schutzziele des FFH-Gebiets zu berücksichtigen seien.

Hierzu merkt **Frau Nitschke** an, dass dieser Punkt auch Gegenstand der FFH-Betrachtung gewesen sei und die beantragte Mindestwassermenge diesen Punkt auch berücksichtige.

Der **VL** hält fest, dass dieser Punkt bei der Entscheidung explizit in den Blick genommen werde.

#### **TOP4: Erörterung der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen**

##### **c) Belange der Wasserwirtschaft und des Bodenschutzes**

Der **VL** thematisiert zunächst den Schwall-Sunk-Betrieb. Er führt aus, dass dieser nach den Regelungen des Wasserrechts grundsätzlich zu vermeiden sei. Andererseits lasse sich bei der Betriebsweise der Wasserkraftanlage bei einem Wehrüberlauf ein gewisser Schwall nicht vermeiden.

**Herr Konrad** führt dazu aus, dass die Schwall-Sunk-Situation seit 2006 zwar verbessert worden sei, jedoch könne man feststellen, dass sie sich noch nicht in einem optimalen Bereich befinde. So zeige sich die Schwall-Sunk-Situation immer wieder am Pegel Beuron. Er appelliert daher zu prüfen, ob die derzeitigen Regelungen zum Schwall-Sunk-Betrieb weiter optimiert werden können.

Auf Nachfrage des **VL**, was Optimierung hier konkret bedeute, gibt **Herr Konrad** an, dass dies aus technischer Sicht zu beurteilen sei. Er müsse jedoch darauf hinweisen, dass diese Schwall-Sunk-Situationen nach WHG nicht mehr statthaft seien und betriebstechnisch so weit möglich herunterzufahren seien. Wie das technisch zu realisieren sei, liege nicht in seinem Kompetenzbereich, sondern in dem der Wasserwirtschaft.

**Herr Rost** antwortet drauf, dass der EnBW die Problematik und die Gesetzeslage bewusst sei. Bei der derzeitigen Anlage seien alle Optimierungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Mit der beantragten neuen Anlage könne jedoch eine weitere Optimierung erreicht werden. Die Regelung und Steuerung der Anlage werde deutlich besser sein und die Problematik von Schwall und Sunk damit deutlich verbessert werden. Dies sei beispielsweise dann der Fall, wenn die Anlage unvorhergesehen vom Netz gehen müsse.

Als Beispiel führt Herr Rost an, dass bei einer Netzstörung, etwa durch einen Blitzeinschlag, die Anlage vom Netz gehe und folglich die Maschine zufahren müsse. Grund hierfür ist, dass die Turbinen ohne Generator nicht gebremst würden und es zu einer Havarie käme. Hier müsse Wasser über den Leerschuss abgegeben werden. Dies werde deutlich besser sein als bisher. Genau beziffern könne er dies heute allerdings nicht.

**Herr Heiß, EnBW**, ergänzt, dass Schwall und Sunk bei Störungen in bestimmten Fällen vermieden werden würden, wenn es zulässig wäre, das Wasser auch über einen Zeitraum von 3 bis 5 Stunden über den Leerschuss in den Stollen zu leiten anstatt über die Ausleitungsstrecke, wenn die Anlage unvorhergesehen vom Netz genommen werden müsse.

Dies sei, so **Herr Rost**, eine der Optimierungsmöglichkeiten, die angestrebt seien.

**Herr Kamutzky, LRA Tuttlingen Wasserwirtschaft**, erläutert, Schwall und Sunk seien bereits aufgrund der 11 km langen Ausleitungsstrecke, der nur der 1,5 km lange Stollen gegenüberstehe, nicht gänzlich vermeidbar. Mit einer entsprechenden Leerschussschließung sei das Problem etwas reduzierbar bzw. minimierbar, eine Vermeidung aufgrund der jetzigen Rampenzeiten sei jedoch nicht möglich. Jedoch könne man künftig, wie von der EnBW vorgetragen, zumindest bei einem Störfall Schwall und Sunk vermeiden. Nicht aber im Normalbetrieb.

**Herr Dr. Mentzel** bittet, die Begriffe Schwall und Sunk zu erläutern.

**Frau Nitschke** erklärt: bei einer Störung, durch die die Anlage vom Netz genommen werde, laufe das Wasser für 2 Stunden über den Leerschuss in den Stollen. Nach dieser Zeit müsse es in die Ausleitungsstrecke geleitet werden, wenn die Maschine weiterhin nicht ans Netz könne. Hierbei schließt sich der Leerschuss über einen Zeitraum von ca. 6 Stunden. Dadurch komme es zu einem langsamen Umleiten. Dennoch entstehe bei der Einmündung zunächst die Situation, dass weniger Wasser durch den Stollen komme und gleichzeitig der Teil des Wassers, der nun über die Ausleitungsstrecke geführt werde, längere Zeit benötige, um ebenfalls an der Einmündung anzukommen. Daher entstehe eine Sunkwelle. Diese könne vermieden werden, wenn nun das Wasser länger über den Leerschuss in den Stollen geleitet werden dürfe und erst, wenn absehbar sei, dass die Maschine für längere Zeit stehe, das Wasser über die Ausleitungsstrecke geführt werden müsse. Sie bittet um Mitteilung, wer für eine solche Genehmigung zuständig sei und ob dies akzeptabel sei.

**Herr Kamutzky** merkt an, dies müsse im Betriebsreglement festgelegt werden. Dies liege zwar in erster Linie in der Zuständigkeit der Zulassungsbehörde, das Landratsamt werde dabei jedoch fachtechnische Unterstützung leisten.

**Herr Groteklaes, RPF Ref. 52**, führt aus, man könne gegebenenfalls Randbedingungen in die Entscheidung aufnehmen, beispielsweise die zwei Stunden und die Gradienten, wie schnell die Wasserführung zu- oder abnehmen dürfe. Die Details seien aufgrund der Betriebserfahrung und der besseren Flexibilität in der Betriebsanweisung besser zu regeln. Zudem seien künftig auch drei Maschinen vorhanden, d.h. es könne mehr abgefangen werden, wenn einmal eine Maschine ausfalle.

Der **VL** stellt dar, dass bezüglich weiterer Belange der Wasserwirtschaft und des Bodenschutzes eine umfangreiche Stellungnahme des Landratsamts vorliege, ebenso wie eine Stellungnahme des RPF, Referat 52. Er bittet die EnBW um Mitteilung, ob hierzu noch Klärungsbedarf bestehe.

**Frau Nitschke** trägt vor, es werde eine bodenkundliche Baubegleitung gefordert und ein Bodenschutzkonzept. Sie fragt, ob ein Bodenschutzkonzept tatsächlich erforderlich sei. Der Boden und Bodenschutz seien bereits bei der UVP untersucht worden und es seien entsprechende Bodenschutzmaßnahmen festgelegt worden. Es sei daher für sie nicht nachvollziehbar, was in einem Bodenschutzkonzept nun noch verlangt werde. Zumal es sich ohnehin um eine kleine Baumaßnahme handle.

**Herr Groteklaes** teilt mit, dass es darauf ankomme, unter Berücksichtigung des konkreten Bauablaufs festzulegen, welche Maßnahmen erforderlich seien, um Schädigungen am Boden zu vermeiden, bzw. zu minimieren. Es gebe hier so etwas wie eine Bagatellgrenze bei der Baustellengröße – je nach Baufeld. Die Anforderungen an ein Bodenschutzkonzept sind in der DIN 19639 festgelegt und sollten mit dem Landratsamt und dem RP abgestimmt werden. Bodenkundliche Baubegleitung sei inzwischen Standard. Ansprechpartner seien beim Landratsamt Frau Mattes, beim RP Frau Dr. Lazar.

Auf den Einwand von **Frau Nitschke**, dass die notwendigen Maßnahmen bereits im Umweltgutachten festgelegt seien, teilt **Herr Groteklaes** mit, dass ein Bodenschutzkonzept detailliertere Anforderungen stelle. Dies sei im Rahmen der Ausführungsplanung zu konkretisieren.

**Frau Bucher, RPF, Zulassungsbehörde**, weist auf die Hinweise des Landratsamts Sigmaringen zum Bodenschutz hin, die sich auch mit denen des Landratsamts Tuttlingen zu den abschwemmbaren Materialien decken.

**Herr Tony, LRA Sigmaringen**, führt hierzu aus, dass beim Bau der Bühne während der Bauphase keine Fahrzeuge im Abflussquerschnitt geparkt oder zwischenabgestellt werden dürfen. Nach der Maßnahme müssten die Fahrzeuge entfernt werden. Dies sei jedoch Standard.

**Herr Valchev** bestätigt, dass dies Standard sei. Es sei ohnehin so vorgesehen sei, dass Baufahrzeuge und -maschinen, die im Flussquerschnitt arbeiten, direkt nach Abschluss der Arbeiten wieder daraus entfernt werden.

**Herr Rost** fragt nach, ob dies nun so zu verstehen sei, dass die Thematik Bodenschutzkonzept vor Beginn der Baustelle mit dem Landratsamt einvernehmlich zu klären sei. Beispielsweise dahingehend, wie mit dem Aushub umgegangen werde.

**Herr Groteklaes** konkretisiert, dass es darüber hinaus auch um das Befahren von Flächen und dergleichen gehe.

**Frau Nitschke** hält fest, dass dies im Nachgang zum EÖT mit den zuständigen Personen besprochen werde.

#### **TOP4: Erörterung der eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen** **d) Weitere öffentliche Belange**

Der **VL** trägt vor, dass sich aus den Stellungnahme des Regionalverbandes und des RPF Referat 21 ergebe, dass bei dem Vorhaben keine Widersprüche zu den Zielen und

Grundsätzen der Raumordnung gesehen werden. Es gebe lediglich den Hinweis, dass bei den Planunterlagen noch eine kleine Klarstellung vorgenommen werden solle. Dies werde noch bilateral geklärt.

Das Kompetenzzentrum Energie im RPF habe das Vorhaben zum Thema Klimaschutz sehr positiv bewertet.

Die Belange der Land- und Forstwirtschaften seien durch das Vorhaben nicht nennenswert betroffen.

Die Belange des Denkmalschutzes seien hier von großer Bedeutung. So seien das Kraftwerkshaus mit den Turbinen und das Wehr selbst denkmalgeschützt. Es gebe bereits eine Abstimmung zwischen der EnBW und dem Denkmalschutz.

**Frau Bucher** führt hierzu aus, dass das Landesamt für Denkmalpflege am Verfahren beteiligt gewesen sei und mitgeteilt habe, dass die Baumaßnahmen an den denkmalgeschützten Anlagen im Vorfeld abgestimmt wurden und mit den Angaben im Erläuterungsbericht zu den Antragsunterlagen übereinstimmen. Die notwendigen denkmalschutzrechtlichen Genehmigungen werden von der unteren Denkmalschutzbehörde erteilt, hier der GVV Donau-Heuberg. Die denkmalschutzrechtliche Genehmigung sei für den Umbau des Krafthauses und für den Abriss der Wehranlage erforderlich. Die Genehmigung werde vorliegend durch die Zustimmung der Denkmalschutzbehörde im Verfahren ersetzt und in diese Entscheidung mit aufgenommen. Die Zustimmung sei bereits signalisiert worden, Nebenbestimmungen werden entsprechend formuliert.

Der **VL** teilt mit, dass zum Denkschmalschutz auch eine Stellungnahme des Heimatkreises Fridingen vorliege, die auch von der Stadt Fridingen unterstützt werde. Inhaltlich gehe es darin jedoch um das Bärakraftwerk. Das Bärakraftwerk sei jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens und daher hier nicht zu betrachten.

**Herr Heni** erwidert, der Heimatkreis Fridingen sei nicht der Ansicht, dass das Bärakraftwerk nicht bei den Belangen des Denkmalschutzes zu berücksichtigen sei. So finde beispielsweise derzeit ein Teil des Zuflusses über den Bära-Kanal statt. Hier werde also eine Veränderung des Gesamtdenkmals vorgenommen. Sein Wunsch sei, dass das Bärakraftwerk erhalten bleibe oder wieder ertüchtigt werde. Nach dem jetzigen Plan müsse man aber von einer dauerhaften Stilllegung ausgehen, was eine tiefgreifende Veränderung darstelle. Daher müsse auch das Bärakraftwerk im vorliegenden Verfahren betrachtet werden.

**Herr Rost** erläutert, dass das Bärakraftwerk seit ca. 10 Jahren stillstehe, weil es nicht mehr in einem betriebssicheren Zustand sei. Dennoch sei sich die EnBW bewusst, dass die Durchgängigkeit hier von ihr geschaffen werden müsse. Trotzdem bestehe keine Bestrebung, das Kraftwerk wieder in Betrieb zu setzen. Dies sei aus wirtschaftlichen Gründen keine Option. Dass das Kraftwerk unter Denkmalschutz stehe, sei der EnBW bewusst. Man werde daher auch nichts aus dem Bestand abreißen. Eine erneute Inbetriebnahme sei jedoch ausgeschlossen.

Der **VL** bittet die EnBW um Stellungnahme zur Ansicht des Heimatkreises Fridingen, der einen direkten baulich-funktionalen Zusammenhang mit dem Donaukraftwerk sehe.

**Herr HeiB** erklärt, dies sei korrekt. Das Gebäude könne nicht abgetrennt werden. Es handle sich um ein großes Gebäude. Es spreche nichts dagegen, die Maschinen aufgebaut zu lassen. Aber eine Wiederaufnahme des Betriebs sei nicht wirtschaftlich.

Der **VL** fragt nach, ob der Gebäudeteil des Bärakraftwerks bei der vorgesehenen Sanierung des Gebäudes berücksichtigt sei.

**Herr HeiB** antwortet, dass dieser nicht berücksichtigt sei. Dies sei der EG-Bereich und nicht der Bereich, in dem die Maschinen für die Donau platziert werden.

Der **VL** fragt weiter nach, ob bauliche Wechselwirkungen o. ä. bestehen.

**Herr HeiB** stellt klar, dass es keine baulichen Wechselwirkungen gebe. Ziel sei die Durchgängigkeit an der alten Wehranlage zu schaffen, um die Durchgängigkeit an der Bära zu erreichen.

Der **VL** fragt nach, ob es hierzu schon einen Zeitplan gebe.

**Frau Nitschke** gibt an, dass die EnBW vorsehe, zeitnah mit dem Landratsamt in Kontakt zu treten und die Konzepte zu besprechen. Die Maßnahmen wolle die EnBW im Zuge der großen Baumaßnahmen zum Donaukraftwerk umsetzen.

Der **VL** fragt nochmals nach, was dies zeitlich bedeute. Er bittet um Mitteilung, ob die EnBW das Verfahren zur Durchgängigkeit der Bära vor dem Beginn der Baumaßnahmen für das Donaukraftwerk abschließen wolle.

**Frau Nitschke** antwortet, dass sie davon ausgehe, dass das Genehmigungsverfahren zum Fischaufstieg deutlich schneller gehe und auch die bauvorbereitenden Maßnahmen deutlich schneller gingen, als für die Großbaustelle.

Der **VL** bittet das Landratsamt um Mitteilung, ob diese Einschätzung geteilt werde.

**Frau Dennert, LRA Tuttlingen**, gibt an, das LRA sei bestrebt, so schnell wie möglich zu handeln. Nach Vorlage genehmigungsfähiger Planunterlagen werde sofort mit dem Verfahren begonnen, um es so zügig wie möglich abschließen zu können.

Der **VL** hält fest, dass sich daraus ergebe, dass die Themen Bära-Kanal und Bärakraftwerk aktuell bleiben.

**Herr Heni** erwidert, dass er das anders sehe. Würde die Aufstiegsmöglichkeit gebaut, sei das Bärakraftwerk unwiderruflich abgehängt, weil der Flusslauf der Bära dadurch etwas geändert werde. Er sehe jedoch Bärakraftwerk, Bära-Kanal und die Ableitung in einem Gesamtzusammenhang. Dadurch werde auch die Möglichkeit genommen, das Bärakraftwerk z.B. durch eine kommunale Gesellschaft weiter zu betreiben oder einen Museumsbetrieb einzurichten.

**Herr Rost** stellt klar, dass die EnBW ohnehin kein Interesse daran habe, Dritte in das Betriebsgebäude, in den das Bärakraftwerk integriert sei, aufzunehmen. Es spreche jedoch nichts dagegen, dass Dritte das Wasserrecht, beispielsweise beim Einlauf in den Kanal beantragen, um dort ein Kleinwasserkraftwerk zu betreiben.

**Herr Dr. Mentzel** bittet darum, das Bärakraftwerk als Ganzes also mit dem Kanal und mit Turbine – auch ggf. nur demonstrativ – vielleicht auch mit einer Ersatzturbine so zu erhalten, wie und wo es derzeit ist, selbst, wenn es nicht weiter betrieben werde. Dies solle in der Genehmigung als Auflage formuliert werden.

Der **VL** signalisiert, dies zu prüfen. Es sei technisch sicherlich möglich, unklar sei aber, ob sich ein neuer Betreiber finde. Er teilt jedoch bereits mit, dass er dies als schwierig erachte, dies der EnBW aufzuerlegen. Ggf. werde er einen Hinweis in die Entscheidung aufnehmen.

**Herr Dr. Mentzel** fragt, ob der alte Kanal als Fischaufstieg verwendet werden könne.

**Herr Rost** gibt an, es bestehe keine Möglichkeit den Kanal als Fischaufstieg zu verwenden.

**Herr BM Waizenegger** trägt vor, die Gemeinde stehe hinter der Forderung des Heimatkreises. Außerdem habe es, seiner Erinnerung nach, 2013 eine Bürgerinformationsveranstaltung gegeben, bei der sich die EnBW für eine kommunale oder private Weiternutzung



des Bärakraftwerks offen gezeigt habe. Dies stehe im Gegensatz zu den jetzigen Aussagen. Er bittet daher um Mitteilung, ob die EnBW mittlerweile eine solche Option tatsächlich ausschließe.

Er trägt weiter vor, dass nach seiner Erinnerung seinerzeit, wenn man das Bärakraftwerk nicht reaktivieren könne, überlegt wurde, ob man es zum Museum umgestalten könne und so der Öffentlichkeit öffnen könne. Dies sei damals thematisiert worden. Es sei ein wichtiges Anliegen, das Kraftwerk mit Gebäude habe historischen Charakter und die Gemeinde sei bestrebt, ihre Historie zu erhalten. Hier gebe es noch Gesprächsbedarf.

**Herr Rost** war 2013 nicht dabei, stellt aber nochmals klar, dass die EnBW, nach Prüfung verschiedener Möglichkeiten, kein wirtschaftliches Interesse an einem Weiterbetrieb des Bärakraftwerks habe. Aus organisatorischen Gründen sowie aus Sicherheitsgründen sehe er keine Möglichkeit, Dritten einen dauerhaften Zugang zum Gebäude etwa in einem musealen Rahmen zu gewähren. Es sei jedoch möglich, im Einzelfall Führungen für Fachgruppen u. ä. durchzuführen oder zum Beispiel einmal im Jahr eine Stollenbegehung.

**Herr BM Waizenegger** fragt nach, ob damit die Möglichkeit für Dritte, sich am Bärakraftwerk einzubringen, endgültig ausgeschlossen sei.

**Herr Rost** teilt nochmals mit, dass er dies im eigenen Gebäude als schwierig ansehe. Es stelle jedoch kein Problem war, wenn das Wasserrecht z. B. am Kanaleinlauf von einem Dritten beantragt werde.

**Frau Nitschke** führt bezüglich der Frage von Herrn BM Waizenegger aus, es habe seinerzeit Überlegungen zu einem Verkauf gegeben, daher sei auch der Fischaufstieg bisher noch nicht geplant worden. Da die Verkaufsgespräche jedoch erfolglos geblieben seien, stelle die EnBW nun die Durchgängigkeit an der Schwelle her.

Der **VL** fasst die Ergebnisse zusammen.

#### **TOP 5: Rechte und Belange Dritter**

Der **VL** berichtet, dass von mehreren Kommunen, der Landeswasserversorgung und den Betreibern von Wasserkraftanlagen Stellungnahmen bzw. Einwendungen eingegangen seien.

Die Anliegen der Stadt Fridingen seien bereits erörtert worden, hier sehe er keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Die Gemeinde Riesalingen-Worblingen habe in ihrer Stellungnahme vorgebracht, es sei dafür Sorge zu tragen, dass mit Blick auf die Donauversickerung keine Verschlechterung der Situation im Aachtopf entstehe. Diese Befürchtung sei aus fachlicher Sicht unbegründet. Daher bestehe auch hier momentan kein weiterer Klärungsbedarf.

**Herr Walter, Stadt Sigmaringen**, wirft die Frage auf, welche Auswirkungen es habe, dass nun mehr Wasser durch die Ausleitungsstrecke geführt werden solle. Dies betreffe zum einen mögliche Auswirkungen auf die Wasserkraftwerke Laitz und Sigmaringen und andererseits den Tourismus, speziell im Bereich der Kanufahrten. Aus dem Erläuterungsbericht ergeben sich diese Auswirkungen nicht.

**Herr Groteklaes** erklärt, es sei zwar zunächst naheliegend anzunehmen, dass für die Unterlieger ein Nachteil entstehen könnte, wenn mehr Wasser durch die Donauschleife fließe und versickern könne. Andererseits müsse berücksichtigt werden, dass durch die größere Turbinenleistung künftig auch eine größere Wassermenge an der Donauschleife vorbeigeführt werde, wodurch wiederum weniger versickern könne. Einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Wasserführung in der Donauschleife und der versickernden Wassermenge lasse sich nicht feststellen. Er gehe jedoch davon aus, dass am Pegel Beuron bezogen auf den Jahresdurchschnitt unter 1 % weniger Wasser ankomme als bisher, dafür beim Pegel Aach etwas mehr, aber ebenfalls unter 1 %.

**Herr Walter** und **Herr Groteklaes** stellen fest, dass diese Auswirkungen geringfügig seien.

**Herr Groteklaes** konkretisiert, die Auswirkung bei geringer Wasserführung prozentual etwas höher sein kann, dies sei für die Bootsfahrt interessant. Insgesamt müsse man aber auch beachten, dass die 200 l/s, von denen Herr Wurm ausgehe, dass sie versickern, auch bereits derzeit versickern. Zudem flösse ohne das Kraftwerk auf natürlichem Wege das gesamte Wasser durch die Schleife.

Der **VL** teilt mit, dass die Stadt Singen keine Bedenken geäußert habe und dem Vorhaben positiv gegenüberstehe.

Weiter gebe es eine Stellungnahme bezüglich der Eisenbahn, in der gefordert werde, dass die Standsicherheit einer Eisenbahnbrücke während der Baumaßnahmen nicht gefährdet werden dürfe. Hierzu solle ein Sachverständiger bestellt werden, der hierüber eine Aussage treffen könne.

**Frau Nitschke** teilt mit, dass hierzu bereits Kontakt bestehe. Sie hält fest, dass der EnBW wichtig sei festzuhalten, dass hier lediglich eine Aussage eines Sachverständigen gefordert werde und kein zusätzliches Gutachten.

Der **VL** teilt mit, dass **Herr Lüdtke** als Wasserkraftbetreiber in seiner Stellungnahme mögliche rechnerische Auswirkungen auf seine Anlage thematisiert habe. Hierzu bestehe bereits Kontakt mit der EnBW.

Weiter liege eine Stellungnahme von **Herrn Schiel** vor. Dieser habe sich einerseits als Fischpächter, andererseits als Vertreter anderer Fischer geäußert. Unklar sei hier die konkrete Vertretungsvollmacht. Dies werde in der Entscheidung Niederschlag finden. Der VL weist allgemein darauf hin, dass sich aus dem Fischerei- und Angelrecht kein Anspruch im Hinblick auf Zuführung von Fischen in einer bestimmten Menge, Beschaffenheit und Güte ergebe. Es sei daher auch kein relevanter Belang, wenn aufgrund verbesserter Mindestwassermengen die Fische schneller an den Angelstellen vorbei schwimmen. Er sehe daher keine Beeinträchtigung von Fischereirechten.

Des Weiteren liege eine Stellungnahme der **Interessensgemeinschaft Wasserkraft IGW** vor, die jedoch lediglich allgemein gehalten sei.

Zu der Stellungnahme der Landeswasserversorgung erteilt er Herrn Nasser das Wort.

**Herr Nasser, Zweckverband Landeswasserversorgung**, legt dar, dass aus Sicht der Landeswasserversorgung vor allem relevant sei, dass das Kraftwerk und insbesondere der Stollen weiterhin in Betrieb bleiben. Weiter sei relevant, dass die wasserrechtliche Erlaubnis, hier Wasser aus der Donau umzuleiten, weiterhin Bestand habe und diese Möglichkeit auch während der Baumaßnahmen bestehen bleibe.

**Frau Nitschke** erwidert, dass es eine Vereinbarung zwischen der Landeswasserversorgung und dem Rechtsvorgänger der EnBW aus dem Jahr 1980 gebe mit dem Inhalt, dass während Baumaßnahmen die Durchleitung nicht garantiert werden müsse. Diese Vereinbarung wurde damals auch ans Landratsamt geschickt. Sie gehe daher davon aus, dass auch das Landratsamt zugestimmt habe. Dies könne im Übrigen während der Baumaßnahmen ohnehin nicht garantiert werden.

**Herr Groteklaes** gibt zu überlegen, ob es vorstellbar sei, in die Entscheidung aufzunehmen, dass die Blockierung des Stollens nicht gerade in den Zeitraum fallen dürfe, in dem eine Umleitung des Wassers am ehesten denkbar sei, also im Herbst.

**Frau Nitschke** gibt dazu an, dass sich die Baumaßnahmen ohnehin an ökologischen Belangen und der Hydrologie orientieren. Sie gehe davon aus, dass der Stollen im September wieder in Betrieb sei.

Der **VL** führt aus, dass es hierzu auch einen Staatsvertrag zwischen Bayern und Baden-Württemberg gebe. Der Fall sei seiner Kenntnis praktisch zwar noch nie eingetreten, aber geregelt. Mit der Entscheidung hier könne man in diesen ohnehin nicht eingreifen. Dies gelte auch für die entsprechenden Planfeststellungsbeschlüsse. Daher solle die EnBW diesen Punkt in der Betriebsvorschrift dahingehend berücksichtigen, dass eine Kollision mit der Regelung für die Landeswasserversorgung ausgeschlossen werde. Dies müsse mit dem Landratsamt abgestimmt werden und sei nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens.

**Frau Nitschke** weist darauf hin, dass entsprechende Regelungen bereits in der genannten Vereinbarung getroffen sind. Sie sehe daher keinen weiteren Regelungsbedarf.

Der **VL** bittet, den Vertrag mit der Landeswasserversorgung vorzulegen. Die Entscheidung werde dann gegebenenfalls einen Verweis darauf enthalten. Weiteren Regelungsbedarf sehe er nicht.

**Herr Dr. Mentzel** fragt nach, welche Auswirkungen für die Landeswasserversorgung in Neu-Ulm zu erwarten seien, wenn das Wasser während der Bauarbeiten komplett durch die Ausleitungsstrecke fließe und dort versickere.

**Herr Nasser** gibt an, darüber keine Kenntnis zu haben.

Der **VL** leitet über zum Thema „Landesbetrieb Gewässer“ im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für den Großversuch.

**Frau Reichegger** führt aus, dass zu regeln sei, dass die betriebliche Umsetzung des Großversuchs nach dem Wegfall des Landeswehres nicht mehr möglich sei. Daher bedürfe es einer Vereinbarung zwischen EnBW und Landesbetrieb. Zu regeln seien Steuerungsreglement, Rückbau des Wehres insgesamt und Zuständigkeiten mit Rechten und Pflichten der jeweiligen Beteiligten. Es sei vorgesehen, zeitnah diese Details zu besprechen.

Der **VL** fragt nach, ob der Zeitpunkt des Abschlusses einer solchen Vereinbarung Einfluss oder Auswirkungen auf das vorliegende Genehmigungsverfahren habe. Er gehe nicht von solchen Wechselwirkungen aus.

**Frau Reichegger** führt aus, es sei vorgesehen, so zeitnah wie möglich die Vereinbarung zu schließen, hierzu müssen jedoch zunächst die Rahmenbedingungen feststehen. Dies erfordere noch einen gewissen Abstimmungsprozess, den man jetzt beginnen solle.

**Frau Nitschke** ergänzt, dass der Zeitpunkt aus Sicht der EnBW kaum eine Rolle spiele. Es müsse aber in der Regelung hinterlegt sein, ab welchem Abfluss mehr Wasser abgegeben werden müsse. Hier benötige die EnBW eine Vorgabe.

**Frau Reichegger** weist darauf hin, dass ihr Kollege, Herrn Koch, hier auch Ansprechpartner sei.

**Herr Groteklaes** weist darauf hin, dass eine solche Regelung möglicherweise auch obsolet werden könne, wenn die Mindestwasserabgabe entsprechend hoch sei.

**Frau Nitschke** kommt nochmals zurück auf die Umleitung der Landeswasserversorgung und bittet um Mitteilung, ob während Niedrigwasserzeiten die abzugebende Mindestwassermenge oder die zu garantierende Umleitungsmöglichkeit Vorrang habe. Sie spricht sich dafür aus, dass dies klar geregelt werde.

Der **VL** verweist auf die vorherigen Ausführungen. Gegebenenfalls könne hier ein Entscheidungsvorbehalt aufgenommen werden. Klar sei jedoch, dass die Mindestwasserführung einen hohen Stellenwert habe. Letztlich sei im Einzelfall zu entscheiden.

**Frau Nitschke** bittet, diesen Fall konkret zu regeln. Dies könne aus ihrer Sicht auch in einer betrieblichen Regelung erfolgen.

Der **VL** schlägt vor, dies in den Entwurf der Betriebsvorschrift aufzunehmen. Diese müsse dann noch mit dem Landratsamt abgestimmt werden.

## **TOP 6: Ausführung der baulichen Maßnahmen**

Der **VL** führt aus, dass es bei diesem TOP insbesondere um baurechtliche Aspekte gehe.

Es liege eine sehr umfangreiche Stellungnahme des GVV vor. Hier seien umfangreiche Ausführungen und Hinweise zur LBO gemacht. Es gehe daraus jedoch nicht eindeutig hervor, in welchem Umfang eine Baugenehmigung zu ersetzen sei. Er bittet daher um Mitteilung, welcher Teil baugenehmigungspflichtig sei.

**Herr Hässler, GVV, untere Baurechtsbehörde**, teilt mit, dass sich der Anwendungsbereich der LBO auf bauliche Anlagen beschränke, die nicht bauliche Anlagen im Gewässer seien. Daher liege hier nur das Kraftwerkhaus im Anwendungsbereich der LBO.

Der **VL** konkretisiert, dass demnach nur für das Kraftwerkhaus eine Baugenehmigungspflicht bestehe.

**Herr Hässler** bestätigt dies.

Weiter teilt er mit, dass er von der unteren Denkmalschutzbehörde die Mitteilung erhalten habe, dass diese dem Vorhaben ohne weitere Hinweise oder Auflagen zustimme.

Der **VL** führt aus, dass er davon ausgehe, dass die Punkte der Stellungnahme des GVV erfüllt werden.

**Frau Nitschke** trägt vor, es gebe eine Auflage, nach der die untere Baurechtsbehörde einen Prüfstatiker bestimme. Sie kenne aus anderen, vergleichbaren Auflagen die Verfahrensweise so, dass der Prüfstatiker durch den Antragsteller bestimmt werde.

**Herr Hässler** erläutert, dass dies die zuständige Baurechtsbehörde mache. Er gehe davon aus, dass nach Erteilung der Genehmigung die Konzentrationswirkung entfalle und damit die Zuständigkeit für die Freigabe und Überwachung wieder bei der Baurechtsbehörde liege. Dort verfare man in der Regel so, dass man dem Vorschlag des Bauherrn zum Prüfstatiker folge.

**Frau Nitschke** zeigt sich damit einverstanden.

Frau **Dennert** bestätigt dieses Vorgehen für die Prüfstatik bei Brückenbauwerken. Hier werde ebenso vorgegangen.

Der **VL** weist darauf hin, dass er davon ausgehe, dass es für das Kraftwerksgebäude eines gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB bedürfe. Dies liege jedoch noch nicht vor. Er bittet daher, dies zu veranlassen.

**Herr Hässler** teilt diese Auffassung, da es um einen unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB gehe. Er sichert zu, bei der Bauortgemeinde auf das gemeindliche Einvernehmen hinzuwirken.

Der **VL** stellt fest, dass die sonstigen Baumaßnahmen, Umbau und Verschiebung der Wehranlage, Fischauf- und Fischabstieg und Umbau vom Kanaleinlauf keiner weiteren Erörterung bedürfen.

Er weist nochmals darauf hin, dass die Stelle für den Digitalfunk einzubeziehen sei, falls der aufzustellende Baukran eine Höhe von 20 Metern übersteigt.

Weiter bittet er um Mitteilung über die zu erwartenden Beeinträchtigungen für Bürgerinnen und Bürger. Diese sollten geringstmöglich sein. Insbesondere hinsichtlich Verkehrsaufkommen und Lärmbelastung.

**Herr Valchey** teilt mit, dass der Kran die Marke von 20 Metern nicht überschreiten werde. Es sei auch kein außerordentliches Verkehrsaufkommen zu erwarten. Der Baustellenverkehr sei mit dem einer Baustelle für ein normales Haus vergleichbar. Gleiches gelte für die Lärmbelastung.

Der **VL** bittet noch zu ergänzen, mit welcher zeitlichen Dauer der Arbeitszeiten unmittelbar betroffene Anwohner zu rechnen haben.

**Herr Valchey** vergleicht die Belastung für die Anwohner auch hier mit der einer normalen Baustelle.

Der **VL** fragt mit Blick auf den zu erwartenden Baustellenverkehr nach, ob Erdaushubarbeiten in größerem Umfang erforderlich seien.

**Herr Maier** erläutert, es könne punktuell dazu kommen, dass kurzzeitig der Baustellenverkehr zunehme. Beispielsweise beim Bau von zu betonierenden Bauteilen oder beim Aushub im Bereich der Fischtreppe. Diese Arbeiten beschränken sich aber auf einzelne Tage.

Der **VL** führt aus, er gehe davon aus, dass Informationen zum Beginn der jeweiligen Baumaßnahmen über die Gemeinde erfolgen. Damit sei dann auch dem Anliegen eines Bürgers Rechnung getragen, der gerne einen Ansprechpartner hätte.

**Herr Maier** ergänzt, dass die EnBW auch einen Bauüberwacher stelle. Es werde auch ein Bauschild geben, auf dem Ansprechpartner ersichtlich sein werden. Der Bürger könne sich dann bei Bedarf an die Bauüberwachung wenden.

**Frau Bucher** trägt die Einlassung der Stadt vor, die Zufahrt zum Baulager über den landwirtschaftlichen Weg Lange Hand sei problematisch, da diese in einem schlechten Zustand sei.

**Herr Valchey** erklärt, dass vor jeweils Beginn und nach Abschluss der Baumaßnahmen gemeinsam mit der Stadt eine Beweissicherung durchgeführt werde. Bei entstandenen Schäden werde sich die EnBW an der Reparatur beteiligen, bzw. diese übernehmen. Diese Straße sehe nicht schlecht aus.

**Herr Rost** greift die Stellungnahme des LRA Tuttlingen, Wasserwirtschaft unter 4. auf, in der zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs der Baustelle und der ordnungsgemäßen Ausführung der Gesamtmaßnahme verlangt werde, dass durch die Vorhabenträgerin drei Monate vor Baubeginn ein anerkannter Sachverständiger oder eine anerkannte sachverständige Stelle durch die Vorhabenträgerin zu beauftragen sei. Er tue sich mit dieser Auflage schwer.

**Herr Kamutzky** erklärt, dies sei notwendig, weil das Landratsamt personell nicht in der Lage sei, diese Aufgabe selbst wahrzunehmen. Daher sei ein anerkannter Sachverständiger erforderlich.

**Herr Maier, Frau Nitschke und Herr Rost** führen im Weiteren aus, dass sie diese Auflage für nicht erforderlich halten. Insbesondere da bereits durch Bauleiter, Prüfstatiker, ökologische Baubegleitung und bodenkundliche Baubegleitung ausreichend Akteure vor Ort seien, die gegenüber der Behörde auskunftspflichtig seien.

**Herr Kamutzky** erläutert, dass diese Akteure nur für bestimmte Bereiche zuständig seien. Es sei jedoch notwendig, dass eine Kontrolle über die gesamte Baumaßnahme gewährleistet sei. Diese Funktion falle der Behörde zu, die sie an einen anerkannten Sachverständigen übertragen könne. Dies sei vorliegend erforderlich, da die Behörde dies aus personellen Gründen selbst nicht leisten könne.

**Herr Maier** bittet, dass diese Anforderung des LRA durch das RP kritisch geprüft wird.

Der **VL** zitiert § 78 Wassergesetz (WG) mit den darin enthaltenen Regelungen. Er führt u.a. aus, dass die zuständige Wasserbehörde nach § 78 Wassergesetz die Möglichkeit habe, sich eines solchen anerkannten Sachverständigen zu bedienen. Er sehe nach erster Einschätzung keine Möglichkeit davon abzuweichen, wenn die zuständige Behörde hiervon Gebrauch mache. Er schlägt vor, dass die Details zwischen LRA und EnBW abgestimmt werden.

**Herr Rost** schlägt vor, die Mitarbeiter der EnBW, die als Bauleiter vor Ort seien, als Sachverständige zu benennen.

**Herr Kamutzky** schließt dies aus. Es sei erforderlich, dass es sich um einen Externen handle, damit die Unabhängigkeit gewährleistet sei.

Zum Thema Bestellung eines anerkannten Sachverständigen werden die Ansichten ausgetauscht.



Der **VL** weist nochmals darauf hin, dass dem Landratsamt hier ein Ermessensspielraum zustehe und die Gründe nachvollziehbar seien, insbesondere mit Blick auf die personelle Situation. Er regt an, dass die EnBW durch das LRA insofern unterstützt werde, als dieses der EnBW Stellen benennt, die üblicherweise solche Aufgaben wahrnehmen.

Der VL teilt mit, dass damit alle Einwendungen und Stellungnahmen erörtert seien. Auf seine Nachfrage werden hiergegen keine Einwände erhoben.

Der VL schließt den Erörterungstermin.

**Ende 15:45 Uhr**

gez. Eva Lammel/Florian Meon